Nr. 71 — Halle a. S., Freitag den 24. März 1911 — 22. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
✦
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
✦
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
✦
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
✦
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
✦
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ **Redaktion:** Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Zwölf Reichstagswahlen.

In diesen Tagen feierte der Reichstag seinen 40. Geburtstag. Mit dem 25. Januar 1907 wurde er zum zwölften Male gewählt. Eine Analyse der 12 Reichstagswahlen lohnt sich. Sie fördert allerlei interessante, und zum Teil überraschende Ergebnisse über die Entwicklung der Parteien und die ständig ungerechter werdende Zusammensetzung des Reichsparlaments zu Tage. **Wir haben in Deutschland schon seit Jahrzehnten kein gleiches Wahlrecht mehr!**

Die Untersuchung, auf wie viele Stimmen bei den einzelnen **Wahlen und Parteien** je ein Mandat gefallen ist, führt zu ganz aufreizenden **Ergebnissen**. Die nachfolgende Tabelle **zeigt die steigende Ungerechtigkeit des Reichstagswahlrechts.**

Durchschnittliche Stimmenzahl **pro** Partei und Mandat:

Wahljahr	Sozialdemokratie	Konserv.	Nationall.	Freisinn.	Zentrum
1871	61 987	9 629	9 369	7 444	11 495
1874	39 106	16 353	9 951	9 133	15 889
1877	41 107	13 151	11 481	11 938	14 423
1878	48 573	12 703	13 441	14 811	14 128
1881	25 997	16 616	15 885	10 821	11 829
1884	22 916	11 039	19 550	14 881	12 949
1887	69 375	14 340	16 949	30 409	15 472
1890	40 780	12 267	28 043	17 574	12 661
1893	40 607	14 222	18 245	27 768	15 297
1898	37 626	17 564	15 831	25 629	18 758
1903	37 170	17 564	15 831	25 629	18 753
1907	75 791	17 670	30 196	25 572	20 759

Nach dem § 5 des Wahlgesetzes zum Reichstag des Norddeutschen Bundes sollte auf je 100 000 Einwohner der letzten vor den Wahlen abgehaltenen Volkszählung ein Abgeordneter gewählt werden. Die Reichsverfassung vom 16. April 1871 hielt an dieser Bestimmung fest. Seitdem zählt der Reichstag unverändert 397 Abgeordnete, trotzdem das deutsche Volk auf rund 65 Millionen angewachsen ist, nach dem alten Wahlmodus also 650 Abgeordnete haben müßte. Die Kosten dieser Ungleichheit des Reichstagswahlrechts **muß fast ausschließlich die Sozialdemokratie tragen!** Die Wahlkreise, aus denen die Männer fortgesetzt in die städtischen und industriellen Gebiete überwandern, sind fast sämtlich im Besitz der reaktionären Parteien. Setzt man für jeden Wahlkreis die Wählerzahl von 1871 gleich 100, so ergibt sich, daß 63 Wahlkreise ihre Wählerzahl 1907 mindestens verdoppelt hatten. **Mehr als vervierfacht** hat sich die Wählerzahl in den Reichstagswahlkreisen **Kattowitz** (408), **Köln-Land** (415), München II (431), **Berlin II** (444), **Essen** (448), **Duisburg** (452), **Dortmund** (468), **Leipzig-Land** (481), **Berlin IV** (587), **Bochum** (587), **Hamburg** III (589), **Niederbarnim** (679), Berlin VI (828) **und Teltow-Beeskow-Charlottenburg** (936). Dagegen **hatten noch 1905 35 Wahlkreise weniger Einwohner als 1871, sie wählten aber trotzdem jeder einen Abgeordneten!** So sieht **es mit dem gleichen Wahlrecht zum** deutschen Reichstage aus!

Wie müßte der Reichstag aussehen, wenn wir in Wirklichkeit **ein gleiches Wahlrecht hätten?** Sehen wir uns **nur die Wahlen** von 1903 und 1907 daraufhin einmal genauer an, **es ergibt** sich das folgende Bild:

	1903				1907			
Konservative . .	39	statt 55,	also weniger	16	37	statt 59,	also wen.	22
Reichspartei . .	13	„ 22,	„ „	9	16	„ 21,	„ „	5
Bund d. Landw.	5	„ 3,	„ mehr	3	6	„ 8,	„ „	2
Südd. Bauernbd.	6	„ 3,	„ „	2	3	„ 0,	„ mehr	3
Antisemiten . .	12	„ 11,	„ „	1	16	„ 21,	„ wen.	5
Nationalliberale	55	„ 52,	„ „	3	59	„ 55,	„ mehr	4
Nationalsoziale	1	„ 1,	„	—	—	—,	„	—
Freis. Vereinig.	12	„ 9,	„ „	3	9	„ 11,	„ wen.	2
Freis. Volksp. .	22	„ 21,	„ „	1	26	„ 28,	„ „	2
Südd. Volksp. .	4	„ 6,	„ weniger	2	5	„ 7,	„ „	2
Zentrum . . .	78	„ 100,	„ „	22	78	„ 105,	„ „	27
Polen	14	„ 16,	„ „	2	16	„ 20,	„ „	4
Dänen	1	„ 1,		—	1	„ 1,		—
Welfen	4	„ 6,	„ „	2	2	„ 1,	„ mehr	1
Elsässer	5	„ 10,	„ „	5	3	„ 7,	„ wen.	4
Sozialdemokr.	**126**	„ 81,	„ **mehr**	**45**	**116**	„ 43,	„ **mehr**	**73**
Unbestimmt . .	—	—		—	4	„ 10,	„ wen.	6

Die **Tabelle** zeigt klar und deutlich, daß von allen Parteien **die Sozialdemokratie am meisten benachteiligt ist, sie müßte die stärkste aller Fraktionen** im deutschen Reichstage sein, wenn es gerecht zuginge.

Jetzt, wo wieder mit mehr oder weniger poetischem und patriotischem Schwunge die „Einigung" des Deutschen Reichs gefeiert wird, trotzdem es auch heute noch in der Hut seiner zwei Dutzend Monarchen schläft, ist es besonders notwendig, die Umgestaltung des jetzigen Reichstagswahlrechts zu einem wirklich gleichen zu fordern!

Das darf nicht nur die Forderung der Partei sein, sondern muß der ernstlichste Wunsch jedes Mannes werden! In vierzig langen Jahren hatte das deutsche Volk glücklich zwölfmal Gelegenheit, seiner Meinung durch die Abgabe des Stimmzettels Ausdruck zu geben, geschröpft worden ist es durch die „Volksvertretung" in der ganzen Zeit aber noch alle Tage. Es wird hohe Zeit, daß der vierzig Jahre alte Reichstag modernisiert und, der Jetztzeit angemessen, umgewandelt wird. Dazu **ist aber nötig**, daß jeder einzelne seine Pflicht erfüllt!

Es gibt eine Herbsttagung!

Verschleppung der Reichstagswahlen bis 1912.

Nachdem in Gießen durch die erbärmliche Verräterei eines großen Teils der freisinnigen Wähler endlich auch die finsterste Reaktion einmal ein Mandat gerettet hat, sind die dunklen Mächte **noch** viel emsiger beim **Werke**, um die Neuwahlen so weit **als** irgend möglich hinauszuzerren. Man hofft, daß sich mit der Zeit noch alles **einrenken** lassen werde, zumal man aus der erbärmlichen Haltung der **Nationalliberalen und eines** Teiles der Fortschrittler schließen zu können glaubt, daß sich doch noch ein „Block aller bürgerlichen Parteien" gegen die Sozialdemokratie wird zusammenschustern lassen.

Die Regierung ist schlau genug, jetzt gleich **kräftig zuzufassen** und dem **Reichstage** zu diktieren, daß er noch im Herbst zu tagen habe, auf daß erstens die „Versöhnung" der kapitalistischen Parteien eher möglich sei, zweitens aber **noch** mancherlei beschlossen werde, was die Wähler zu ködern geeignet sei. Es wird uns über diese Kulissenschieberei berichtet:

Der Seniorenkonvent des Reichstags beriet am Mittwoch über die Verteilung der Geschäfte. Der Präsident wünschte, daß am Mittwoch die Kalifrage zu Ende beraten werde (was auch prompt befolgt wurde!) und schlug dann vor, den 23. und 24. März für die Beratung des Reichskolonialamts und der Schutzgebiete festzusetzen. Bei dieser Beratung soll die Diamantenfrage ausscheiden oder auch einer Subkommission überwiesen werden. Der 25. und 27. März sollen sitzungsfrei bleiben. Am 28. März sollen der Etat der Reichseisenbahnen, der Reichsdruckerei und des Reichstags beraten werden, am 29. März der Etat der Zölle, des Reichsschatzamts und des Pensionsfonds. Die Tage vom 30. März bis 1. April sind für den Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes vorgesehen; am 4. und 5. April kann die letzte Beratung des Gesamtetats erfolgen. Das ist eine ungeheuerliche Zusammenpressung der Arbeit.

Darauf gab der Präsident die Wünsche der Regierung über die Beratung der einzelnen Gesetzentwürfe nach Ostern bekannt. **Nach dem Wunsche der Regierung soll die Reichsversicherungsordnung mit dem Einführungsgesetz** bis zu den Pfingstferien, bis zu dem 2. Juni entschieden werden. **Angekündigt wurde, daß die Regierung zum 10. Oktober den Reichstag zu einer Herbstsession einberufen wird,** in der der Verfassungs-Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen, der schwedische Handelsvertrag, die Fernsprechgebühren und das Patentgesetz erledigt werden sollen. Ebenso wird an die Erledigung der Justiznovellen und des Privatbeamtenversicherungsgesetzes gedacht.

Die Parteien waren sich einig, daß bei dieser Kontingentierung die Beratung der einzelnen Etats sehr knapp bemessen sei und daß es sehr schwierig sein werde, bis zum 5. April alles zu erledigen. Der Vorschlag, vielleicht bis zum 7. April oder bis in die Osterwoche hinein zu tagen, wurde sehr skeptisch aufgenommen. Man hofft aber, die Vorschläge bis zum 7. April zu erledigen. Darauf sollen die Osterferien bis zum 2. Mai eintreten.

Es ist unerhört, daß man diesen Reichstag, der nur eine erbärmliche Karikatur auf eine wirkliche Volksvertretung ist, noch bis ins nächste Jahr hinauszuzerren versucht. Was dies Gebilde beschließt, ist **nicht im Namen des Volkes** beschlossen, daraum **protestiert das Volk dagegen.**

Die Sozialdemokratie wird nicht versäumen, die Massen über die neueste Taktik der Reaktion gebührend aufzuklären.

Die Polizeischurken.

2000 Mark Belohnung für den Entdecker der polizeilichen Mörder.

Aus Berlin meldet uns ein Depeschenbureau (der Vorwärts ist noch nicht eingetroffen):

Unter der Ueberschrift: Der Mord an dem Arbeiter Herrmann veröffentlicht heute der Vorwärts an der Spitze seines Blattes im Sperrdruck einen Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, in dem der Parteivorstand mit Bezugnahme auf die beiden großen Moabiter Krawallprozesse und unter Hinweis auf die Feststellungen im ersten Gerichtsurteil

demjenigen 2000 Mk. Belohnung zusichert,

der dem Vorstande der Partei die beiden Polizeibeamten, die am 27. September vorigen Jahres den Arbeiter Herrmann überfielen und ihn mit Säbelhieben derart mißhandelten, daß er an den Folgen der Verletzungen starb, namhaft macht, daß ihre strafrechtliche Verfolgung vorgenommen werden kann.

•

Soweit die Meldung. Der Aufruf ist ein **preußisches Kulturdokument** ersten **Ranges.** Der **polizeiliche Breslauer Handabhacker** ist heute noch in den Polizeireihen verborgen, und Herr **Jagow** hat erklärt, nach Untersuchung aller einzelnen Moabiter Fälle müsse er sagen, der Ehrenschild der Polizei sei rein!

Die polizeilichen Mörder des Herrmann sind aber noch heute unentdeckt, obgleich es die leichteste Sache von der **Welt** wäre, die Schurken festzustellen. Der Gerichtsdirektor Unger hat amtlich erklärt, ein wohlgezielter Revolverschuß gegen die Moabiter Polizeibestien wäre berechtigt gewesen.

Die Aufrechterhaltung der **preußischen Autorität** ist überall die Richtschnur der herrschenden Gewalten. Diesmal aber kommt sie ihnen teuer zu stehen. Wenn man die uniformierten Mörder nicht „entdeckt", wenn man gegen die andern polizeilichen Säbelhelden keine Anklage erhebt, dann erhalten die Massen des Volkes eine unübertrefflich klare Lektion politischer Aufklärung, die geradezu aufreizend wirkt.

Die Säbelhelden arbeiten in der Tat für die Sozialdemokratie!

Die Gießener Schmach.

Der Sieg des **Antisemiten** über unsern **Genossen** in der Gießner **Reichstagsstichwahl** findet ein lebhaftes und interessantes Echo. Die **gesamte Oeffentlichkeit** ist im höchsten Grade erstaunt darüber, daß es wiederum **der Freisinn** ist, der der schäbigsten Reaktion ein Mandat zuschanzt. Bei den Nationalliberalen ist man ja die Selbstprostituierung gewöhnt, über ihren Knechtsgehorsam gegenüber Antisemiten und Junkern regt sich kein Mensch mehr auf. Aber vom freisinnigen „Fortschritt" hatten die Leute diesmal erwartet, daß er nicht nur mit dem Maule, sondern auch mit der Tat seinen „Fortschritt" beweisen werde. Wiederum geprellt! Wie immer! Am guten Willen einiger führender Kreise hat es, wie die Parole zeigte, ja diesmal nicht gefehlt, aber die Wähler machen nicht mit.

Das finden wir begreiflich, ja das kann man schließlich gar nicht anders erwarten. Man beachte doch, daß erstens die Fortschrittler die Großkapitalisten, Fabrikanten, Börsianer, Aktionäre, Rentiers usw. umfassen — und die sollen plötzlich für einen Sozialdemokraten stimmen? Zweitens **hat der Freisinn ja jahrzehntelang in der gemeinsten und schäbigsten Weise die Sozialdemokraten als Rowdys, Hetzer, Volksbetrüger usw. verleumdet, was natürlich dem Spießbürger bis in die Knochen gedrungen ist. Und da soll er jetzt plötzlich einen von der roten Bande wählen? Das geht über seine Kraft** — und sehr richtig!

Diese Tatsache wird man für die nächsten allgemeinen Wahlen sehr ernsthaft in Rechnung zu stellen haben. Selbst beim eventuellen besten Willen kann der Freisinn seine Wahlparolen nicht durchsetzen; es werden im höchsten Falle ein Teil fortschrittlicher Wähler für eine fortschrittliche Parole zu haben sein. Die Sozialdemokratie hat sich diese erneut bestätigte Tatsache ganz besonders zu merken.

Die Presse des Schnapsblocks jubelt heute in den höchsten Tönen. „Endlich ein Sieg" lautet der Refrain des Jubelliedes. „Endlich einmal keine Niederlage", wäre entschieden passender. Man erblickt in dem Wahlausfall ein Sich-näher-treten der „bürgerlichen" Parteien; der Gedanke des einsetzenden Blocks aller bürgerlichen Parteien taucht wieder auf. Die **Kreuzzeitung ist über den Wahlausfall** sehr erfreut und lockt den Freisinn **wieder in die Junkerreihen** mit einem — Peitschenhieb. Sie sagt:

> Nicht allein aus dem Grunde freuen wir uns darüber, daß der Wahlkreis den rechtsstehenden Parteien erhalten geblieben und daß überhaupt ein neuer Mandatsgewinn für die Sozialdemokratie abgewehrt worden ist, sondern hauptsächlich deshalb, weil in der liberalen Wählerschaft das Bewußtsein aufzudämmern beginnt, daß die Fortschrittliche Volkspartei ein schnödes Spiel treibt, wenn sie darauf ausgeht, ein bürgerliches **Mandat nach dem andern** auszuliefern.

Auf den **gleichen Ton sind die Auslassungen der Deutschen Tageszeitung** gestimmt, **die das Verdienst, daß der Antisemit** gewählt wurde, für die **ländliche Wählerschaft in Anspruch** nimmt. Die Post mißt **dem Wahlausfall die Bedeutung eines symptomatischen Vorganges** bei, **der erkennen lasse**, daß die fortschrittliche Wählerschaft **vernünftiger (!) sei, als ihre Führer.** Das Organ des unverfälschten Radau-Antisemitismus, die Tägliche Rundschau stimmt natürlich ein Freudengeheul an.

Die ernsthafte, fortschrittliche Presse bedauert den **Wahlausfall.** (Berl. Tageblatt, Voss. Ztg., **Volksztg.**) Die **Freisinnige Zeitung** schreibt:

> Von den Wählern **Korells** sind **zwei Drittel der Parole, für** den Sozialdemokraten zu **stimmen, gefolgt. Das andere** Drittel wird sich **größtenteils der Abstimmung enthalten** haben. (Nein, **es hat für den Antisemiten gestimmt, wie die** Stimmenziffern klar ergeben! **Red. d. V.**) **Das wäre an sich** nicht zu verwundern, da **sich unter den fortschrittlichen Wählern viele Bauern befanden, die wohl dem Pfarrer Korell ihre Stimme gaben, aber nicht** dazu zu bewegen waren,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110324-16/fragment/page=0001
DFG

einen Sozialdemokraten zu wählen. Auch daneben dürften manche Beamte, die sich in den kleineren Orten selbst bei der geheimen Wahl nicht sicher vor Kontrolle fühlen, sich genötigt gesehen haben, für den Antisemiten zu stimmen. Wie der Ausgang zeigt, ist es in Gießen zu einer „falschen" Stichwahl gekommen, so daß schließlich die Reaktion in ihrer unangenehmsten Gestalt, im Radauantisemitismus, den Erfolg davongetragen hat. Wir hoffen, daß es dem Liberalismus möglich sein wird, bei der nächsten Wahl den Kreis den Antisemiten zu entreißen.

Hofft nur weiter! — Die mit dem Berliner Tagebl. im gleichen Verlag erscheinende demokratische Volkszeitung macht folgende richtige Bemerkung:

Hier rächen sich die Sünden, die die Führer der Fortschrittlichen Volkspartei in früheren Zeiten begangen haben. Es lag geradezu etwas Krankhaftes darin, wie diese beiden Parteiangehörigen den Rotkoller züchteten, so daß diese hundertmal eher einen urreaktionären Junker und einen demagogischen Antisemiten als einen Sozialdemokraten wählten . . . Solche systematische Wählerverdummung wirkt natürlich nach. Die schwarzblaue Blockmehrheit des Reichstags wird bei den nächsten Reichstagswahlen nicht vernichtet werden, wenn noch ein beträchtlicher Teil der fortschrittlichen Wähler an der früheren zu umnen Stichwahltaktik festhält.

Das Berliner Tageblatt, das im übrigen die Verräterei eines großen Teiles Fortschrittler als „schmachvoll" empfindet, ist gleich wieder dabei, mit der Verleumdung der Sozialdemokratie anzufangen. Ist es jetzt nicht mehr das „Teilen" und das Parteiprogramm, so sind es jetzt die Kandidaten, die man als Verleumdungsobjekt hervorsucht. Das Blatt schreibt:

Aber, daß die Sozialdemokratie mit Herrn Beckmann nicht viel Staat machen konnte, das sollte sie sich eigentlich selbst sagen. Und die unbefangenen Sozialdemokraten haben es sich wohl auch gesagt: Wer Herrn Beckmann selbst gehört hat, der hatte keinen sehr günstigen Eindruck von diesem sozialdemokratischen Kandidaten. Und hier berührt man einen sehr wunden Punkt der ganzen sozialdemokratischen Wahlmache. Die Beckmänner werden gefissentlich in den Vordergrund geschoben. Irgendwelche kleine Parteibeamte, die von der Leitung völlig abhängig sind, müssen kandidieren und werden vielfach auch in den Reichstag gewählt, in dem sie dann allerdings nichts zu sagen, sondern nur zu stimmen haben. Man hat hier ein rotes Gegenstück zu der Landtagsfraktion auf der Rechten.

Wenn sich ein so „erleuchtetes" Fortschrittsorgan schon solche Gemeinheiten leistet, läßt sich denken, was die viel mehr reaktionär gestimmte fortschrittliche Provinzpresse sagt.

Aber uns kann es zu recht sein. Je mehr der Fortschritt Mandate an die schwärzeste Reaktion austiefert, und dadurch doch immer wieder seine wahre Natur enthüllt, um so eher kommen die noch „fortschrittlich" geführten Volksmassen zur Sozialdemokratie. Gelingt es durch das Verschulden des Fortschritts bei den nächsten allgemeinen Wahlen wirklich nicht, die Reaktion niederzuschlagen, dann wird der „Fortschritt" niedergeschlagen.

Darauf kann er sich verlassen!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 23. März 1911.

Die „Besitzsteuern" sind Schwindel.

Der Wert schwarzblauer „Besitzsteuern" ist in einer Stadtverordnetenausschußsitzung in Breslau von den Schwarzblauen selbst ins rechte Licht gerückt worden. Bei der Behandlung der Frage, ob die Stadt Breslau die in dem Reichswertzuwachssteuergesetz enthaltene Vergünstigung der Beibehaltung der alten Steuerordnung nachsuchen solle, führte der Direktor der großen Kleinburg-Grabischener Terraingesellschaft und Vorsitzende des Vereins Breslauer Terrainhändler unter dem Beifall aller schwarzblauen Kommissionsmitglieder folgendes aus: „Die Steuerordnung des Reichs ist für die kleinen Besitzer etwas schärfer, für die großen etwas günstiger, als unsere kommunale Neuordnung. Es geht mit ihr, wie mit allen Gesetzen der letzten Jahre, sie sind für die Witwen und Waisen gemacht; die fallen dabei hinein! Unsereiner wird davon nicht gefaßt; wir sind ebenso schlaue Juristen, wie die Herren, die die Gesetze gemacht haben. Ich kann Ihnen aber jetzt schon sagen, daß das Reichswertzuwachssteuergesetz keine vier Jahre bestehen wird. Ich könnte Ihnen schon heute die ulkigsten und niedlichsten Prozesse anführen, die sich daraus ergeben würden. Dieses Gesetz ist also ganz unmöglich."

Ein schärferes Urteil über die Gesamtpolitik des schwarzblauen Blocks als es hier dem tiefsten Herzen eines Schwarzblauen im stillen Kämmerlein einer Ausschußsitzung entschlüpfte, läßt sich gar nicht denken. Der Vorfall zeigt, wie recht die Sozialdemokratie im Reichstage getan, als sie gegen das verhunzte Wertzuwachssteuergesetz stimmte, woraus ihnen die Schwarzen öffentlich einen Vorwurf machen wollten.

Deutsches Reich.

— **Agrarischer Boykott.** Wie weit die Unverfrorenheit geht, mit der die Bündler boykottieren, geht aus einem anonymen Brief hervor, den ein Landwirt aus dem Kreise Homberg nach dem dortigen Kreisblatt an eine Firma in Homberg gerichtet hat. In diesem fordert er, wie die Korrespondenz des Hansabundes mitteilt, kurzerhand zum Boykott der Mitglieder des Hansabundes auf. — Wenn sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter sich weigern, einen verbissenen Gegner geschäftlich zu unterstützen, erhebt gerade die agrarische Presse ein fürchterliches Geschrei und fordert von der Gesetzgebung Maßnahmen zum Schutze vor Boykottierung. Ein solches Gesetz müßte, wie die Dinge heute liegen, den Agrariern zunächst sehr unangenehm werden, wenn nicht ausdrücklich bestimmt würde, daß ein Boykott dann straflos sei, wenn ihn die Agrarier inszenieren.

— **Ein protestantischer Bannfluch.** Die frommen evangelischen Wäschenträger haben eigentlich keinen Anlaß, sich über den römischen Antimodernismus zu entrüsten, denn sie selber treiben es nicht um ein Haar besser. So hat das Konsistorium in Kiel dem Hauptpastor Heydorn in Burg auf Fehmarn öffentlich eine scharfe Rüge erteilt, weil er 100 Thesen aufgestellt hat, die sich mit der „traditionellen Kirchenlehre" nicht decken. In dem Ulkas des Konsistoriums heißt es:

Wir ermahnen Sie, künftig auf ihre Predigten größeren Fleiß zu verwenden, und erwarten von Ihnen, daß Sie in Zukunft aller agitatorischen Propaganda für Ihre dem Evangelium und dem Bekenntnis widersprechenden, keineswegs ausgereiften Gedanken sich enthalten. Wir nehmen an, daß Sie sich selbst weder für befähigt noch für berufen halten, zum Reformartor unserer Kirche und unserer Theologie.

Das langt wohl als Musterbeispiel für die gepriesene — „evangelische Freiheit"!

— **Redaktionsgeheimnis.** Im Militärwochenblatt wird bekannt gemacht: Unter Beziehung auf Ziffer 6 der allerhöchsten Bestimmungen vom 23. Januar 187 (A. V. Bl., S. 36) wird bekannt gegeben, daß die Schriftleitung der Zeitschrift Rundschau für Heer und Flotte sich dem Kriegsministerium gegenüber verpflichtet hat, auf Befragen, die Namen der ihr Aufsätze usw. einsendenden Angehörigen der Armee und Offiziere zur Disposition zu nennen.

Andere Zeitschriften und Zeitungen betrachten es als selbstverständliche journalistische Ehren- und Anstandspflicht, das Redaktionsgeheimnis zu hüten und es sich auch durch die tollste Zeugniszwangsnorm nicht entreißen zu lassen. In der Rundschau für Heer und Flotte scheinen andere Sitten und Auffassungen zu herrschen.

— **Wahlbier.** Wie manche Wahlen zustande kommen, zeigte wieder einmal die Bürgermeisterwahl in Burkhards (Oberhessen). Dort wurden bei der Wahl 3800 Mark für Getränke und Essen ausgegeben. Der Kreisausschuß verwarf die Wahl des Landwirts Schäfer, da vor der Wahl große Trinkgelage stattgefunden hatten. Von den Wählern Schäfers spendeten mehrere namhafte Summen für Getränke, darunter auch ein Straßenwärter 40 Mark, ein Tagelöhner 24 Mark! — Landwirt Schäfer ist jetzt abermals gewählt worden, und seine Gegner haben schon wieder reklamiert.

England.

Ein Arbeitermanifest gegen die Flottenrüstungen.

Die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party = I. L. P.), das ist der sozialistische Flügel der britischen Arbeiterpartei, hat das folgende Manifest gegen den neuesten englischen Flottenetat veröffentlicht:

„Im Namen der Unabhängigen Arbeiterpartei erheben wir scharfen Protest gegen die ungeheuren Flottenforderungen der Regierung. Wir betrachten diese angeschwollenen und unnötigen Forderungen als eine Vergeudung nationaler Hilfsquellen, als eine Bedrohung des Friedens und der guten internationalen Beziehungen und als einen Schlag gegen die Sache der Sozialreform. Ein bewaffneter Friede wie der gegenwärtige ist in finanzieller Hinsicht beinahe kostspieliger geworden als der Krieg. Die christlichen Nationen geben jetzt jährlich 450 Millionen Pfund Sterling für Wordwaffen aus, was eine Zunahme von 200 Millionen Pfund in den letzten 20 Jahren darstellt. Großbritannien gibt, unter Führung McKennas, bei den erhöhten Flottenrüstungen den Ton an.

Viele erblicken in dem Budget des Jahres 1909 die Eröffnung einer neuen Aera in der Besteuerung, die neue Einkunftsquellen zu Zwecken der industriellen Verbesserung und Neugestaltung herbeischaffen würde. Wäre es damals bekannt gewesen, daß das aus Bodensteuern und Zuwachssteuern geschöpfte Geld auf gewissenlose Flottenrüstungen verwendet werden würde, dann wäre gewiß keine Begeisterung erweckt und der Budgetkampf wahrscheinlich verloren worden. Wenn der erschreckenden Torheit des Marineamtes — einer unerhörten Vergeudung von öffentlichen Geldern, die ursprünglich in falschen Informationen mit Bezug auf die Pläne Deutschlands ihren Grund hatte — keine Schranken gesetzt werden, dann ist der Ausblick für die Sozialreform wahrhaftig schwarz. Die Regierung tut ihr bestes, um die Bewegung für Militarismus und Reaktion zu ermutigen, eine kurzsichtige Politik, die schließlich zu ihrem eigenen Untergang führen muß.

Wir sind überzeugt, daß die Masse der Arbeiterklasse gegen diese kolossalen Militärausgaben ist. Letzten Herbst hat die I. L. P. 250 Versammlungen über die Rüstungsfrage organisiert und in jeder derselben wurden einstimmig scharfe Protestresolutionen gegen diese stetig wachsende Last angenommen.

Wir hoffen, daß alle, die für Demokratie und Frieden eintreten, gegen die erhöhten Forderungen stimmen und so die Regierung zwingen werden, mit der Verminderung einer Last voranzugehen, die die Arbeiter aller Länder so schwer bedrückt."

•

Ein deutsch-englisches Bündnis,

für das die Arbeiterpartei wiederholt eingetreten ist, bezeichnet Ramsay Macdonald, der Vorsitzende der Arbeiterfraktion, am Dienstag in einer Versammlung als die einzige Möglichkeit, die ungeheuren Flottenrüstungen in beiden Ländern auf ein Minimum zu beschränken. Er sagte, er begrüße freudigen Herzens die Aussicht auf einen solchen Vertrag. Aber eine Gefahr sei damit verbunden, nämlich die, daß im Auslande der Eindruck erweckt wird, mit diesem Vertrag soll in irgend einer Weise eine anglofäschische Diktatur über die übrige Welt begründet werden. Das wäre verhängnisvoll. Er hofft, daß die deutschen Sozialdemokraten nichts dergleichen annehmen werden. Die Arbeiterpartei werde durch Taten im Unterhause zeigen, daß, ob das Abkommen mit den Vereinigten Staaten nun zustande kommt oder nicht, das große Problem, dem wir uns zuwenden müssen, ein europäisches und nicht ein amerikanisches Problem ist. Das Problem der Staatskunst besteht darin, wie mit Bezug auf Deutschland dasselbe zu erreichen ist, was mit der Entente zwischen England und Frankreich erreicht worden ist, und zwar hauptsächlich durch die Mitwirkung der französischen und englischen Arbeiterschaft.

48] **Was ist Ruhm?** [Nachdr.verb.

Roman von Max Kretzer.

Lorensen machte ihm Platz. Der Blonde empfand keine Lust, sein Modell jetzt schon zu vollenden, und so vertraute er das Frischhalten des Tones Sörgel und dem Freunde an und packte seinen Koffer, da die Monatsrate für das Denkmal fällig geworden war. Zu faul, sich ein neues Modell zu holen, und zu eigensinnig, ein gutes Wort wieder an Klara zu richten, hielt er es für das beste, ein paar Wochen Gras darüber wachsen zu lassen. Und so dampfte er ab, hinunter nach Oberbayern, wo die Holde weilte, die ihn hinzog mit unsichtbaren Fäden. Er hatte zu Kempen nur von einer Erholungsreise gesprochen, und dieser forschte auch nicht weiter, weil er sich das Nötige dachte. Die Ansichtskarten und auch ein Briefchen, das dieselbe Handschrift trug, hatten deutlich genug gesprochen. Mochte Lorensen tun, was er wollte; er, Kempen, würde ihm sicher nicht mehr gute Lehren geben.

Einige Tage darauf schob auch Sörgel ab. Kempen gebrauchte ihn vorläufig nicht, und so ließ er ihn nach seiner Heimat fahren, wo er während der Erntezeit besser am Platze war als hier. Zum Winter könne er sich wieder melden, wenn er sonst Lust dazu habe, und dann werde man ja sehen, wie die Dinge stünden. Kempen, der ihn sich für seinen Prometheus noch halten wollte, hatte diesen Plan vorläufig fallen lassen, bewegt von einem andern Gedanken. Die „Erdrosselung" reizte ihn aufs neue mächtig, und so stürmte die Sehnsucht in ihm, die nächsten kostbaren Wochen einmal ganz allein mit Klara auszunutzen, völlig abgeschlossen von der Welt, selbst ungestört von den alten Freunden, denen er kurzweg geschrieben hatte, daß die „Bude" bis auf weiteres geschlossen sei.

Und was er kaum geahnt hatte, ging in Erfüllung: sie sträubte sich gar nicht lange, ihm als Modell zu seinem überfallenen Mädchen zu dienen, gerade jetzt, wo sie sicher war, daß außer seinem kein anderes menschliches Auge sie belästigen würde. Im stillen hatte sie sich längst vertraut damit gemacht, denn sie sah sein Ringen, kannte seinen ehrlichen Kunstsinn, der nie in Lüsternheit ausartete wie bei dem andern, dem sie dieselbe Freude bereitet hätte, wenn er sie zarter behandelt haben würde. Und wenn er zurückkehrte, sollte er wenigstens im Abbild sehen, wie schön sie war, und sein Aerger sollte ihre Genugtuung sein. Schon lange an die Atelierluft gewöhnt, mit dem ganzen Drum und Dran der Künstler vertraut, fortwährend die Erinnerungen an den Großvater im Gedächtnis, bedurfte es nicht erst lange des Widerstandes, um sich zu sagen, daß das alles nur edlen Zwecken diene, die man erfüllen könne, ohne verderbt zu sein.

„Sind auch die Türen gut verschlossen? Seh'n Sie doch bitte nach", sagte sie zuvor zitternd, mit dem flehentlichen, weinerlichen Ausdruck eines furchtsamen Kindes. „Ich würde mich zu Tode schämen, wenn jemand käme." Sie dachte daran, wie gleichgültig man manchmal mit den gewöhnlichen Modellen verfuhr, die mit keiner Wimper zuckten, sobald die Atelierfreunde unerwartet auftauchten. Man sollte sie mit solchen Geschöpfen nicht vergleichen, die wie Fräulein Grete Schlemmer die Schamlosigkeit schon zum Gewerbe gemacht hatten. Und als er sie beruhigt hatte, setzte sie sich noch selbst in Bewegung, um sich von der Sicherheit zu überzeugen.

Niemals hatte er etwas Herrlicheres erblickt, als dieses Schöpfergebilde, dessen ganzer Körper minutenlang in schamhafte Röte getaucht war, von der Stirn bis zu den Fußspitzen. Und als sie lange Zeit mit geschlossenen Augen dalag, fast leblos, wie in einem halben Traumzustand, wo der Wille erst allmählich erwacht, beflickte kein unreiner Gedanke seine Seele. Er sah nur das Wunder der Natur, das sich ihm offenbarte und das sein Kunstlerauge trunken machte. Kaum wagte er, sie zu berühren, damit ihr Körper die richtige Lage bekäme. Er schwelgte nur im Anblick dieses blühenden Lebens, das er in Kunst umzusetzen habe. Und als ihr Schluchzen endlich gänzlich erstorben, die letzte Angst von ihr geflohen war und sie sich durch kein letztes gütiges Zureden beruhigt hatte, sponte ihn der Eifer zum emsigen Schaffen an; und aus dem irdischen Leibe wurde die göttliche Sache, die er mit gleicher Heiligkeit behandeln müsse. Und wenn die stets sinnlich erregte Welt dort draußen, die die frömmste Nacktheit durch Trikotumspannung zittereiner zu machen pflegte, damit auch die Blinden noch sehend würden, einen Blick in diese Künstlerwerkstatt geworfen hätte, so würde sie nichts gefunden haben, wodurch die ewige Reinheit, die nie nach menschlichen Geboten fragt, verletzt worden wäre.

Dieses Zusammenarbeiten wurde den beiden bald zur Gewohnheit, ohne daß das Verhältnis sich anders gestaltete. Die Figur im Kleinen wuchs. Und als Lorensen an einem Abend wieder aufmuchte, merkte er sofort, daß sich hinter seinem Rücken etwas Besonderes abgespielt hatte. Noch kannte er nicht die Bedeutung dieser einen Figur, denn Kempen hatte nie mit ihm darüber gesprochen. Als er dann aber die herrlichen Tonglieder sah, die jetzt schon verkündeten, wie noch vollendeter und strahlender in Schönheit sie dereinst im Großen auferstehen würden, war er so sprachlos, daß nur seine Augen andeuteten, was in ihm gärte. Er fragte gar nicht, machte nur einige Redensarten des Lobes und ging, Müdigkeit vorschützend, wieder nach Hause. Und was er mit sich trug, war der Haß des in seiner Eitelkeit verletzten Künstlers gegen das Weib, nach dessen Reizen er vergeblich begehrt hatte. Und zu diesem Haß gesellte sich der Neid, daß man ihm vorweggenommen hatte, was er nicht Schöneres für seine Kunst sich hätte denken können; denn seine Augen hatten gesehen, und was ihnen noch erspart geblieben war, wurde durch köstliches Ahnen ersetzt.

An diesem Abend wechselte er mit Kempen kein Wort darüber. Erst am anderen Morgen gerieten sie zusammen, denn Lorensen, den ein wüster Traum noch verfolgte, vermochte mit seinem Aerger nicht zurückzuhalten.

„Na, du hast sie dir ja richtig gekapert," begann er beim Kaffee. „Wie hast du das angestellt? Wohl gar keine Mühe gemacht?"

„Mir nicht!" gab Kempen ruhig zurück, da er bereits darauf vorbereitet war.

Lorensen empfand die Spitze und wurde noch grollender. „Ja, das sieht dir wieder ähnlich, diese Vertrauensseligkeit," höhnte er ordentlich. „Das ist wieder so furchtbar echt an dir! Ich kann mir schon denken, was sie dir alles so vorgeflunkert hat." Und mit verstellter Stimme ahmte er ein zimperliches Frauenzimmer nach. „Ach, ich kann ja nicht . . . ach, ich mag ja nicht . . . nein, Herr Kempen, was Sie auch von mir denken!"

„Ja, so ähnlich war es," warf Kempen mit vergnügter Miene ein.

„Nun, siehst du! Alles Schlauheit, nur Schlauheit!" tobte Lorensen in seiner gewöhnlichen Sprechweise weiter. „Was du für Aufrichtigkeit hältst, ist nur Mache. Bilde dir also nicht so viel darauf ein, mein Junge. Du kennst eben die Weiber nicht!"

„Nein, so wie du kenne ich sie nicht . . . will sie auch niemals so kennen," knurrte Kempen zurück. „Es wäre sonst schlecht um mich bestellt. Ich habe meine Arbeit noch nicht liegen lassen, um einer nachzulaufen."

Dadurch fühlte sich Lorensen noch mehr herausgefordert. „Du bist ihnen ja noch nicht gefährlich geworden, und so was kriegen sie bald raus," gab er polternd zurück.

„So, meinst du?" warf Kempen wieder ein, nun aber rot geworden.

„Sicher, mein Junge, darauf verlaß dich," fuhr Lorensen kampflustig fort. „Und diese, siehst du, diese ist sehr rasch dahinter gekommen. So eine fühlt bald heraus, wo die Gutmütigkeit steckt."

Nun endlich verlor Kempen seine Ruhe und verbat sich, in diesem Ton weiter von einem Mädchen zu sprechen, das sich bisher nichts habe zuschulden kommen lassen, dem sie beide aber zu ganz besonderem Dank verpflichtet seien.

„Ach was, sie bekommt doch dafür bezahlt," sagte nun Lorensen kurz, um ihm seinen Standpunkt ein für allemal klarzumachen. „Und wenn sie es nicht ist, dann ist es eben eine andre. Man muß nur suchen, dann findet man sie schon. Berlin ist groß."

„Dann geh nur und such dir eine. Fräulein Munk wird dir nie den Gefallen tun."

Lorensen lachte ihn aus. „Gefallen? Ja, weißt du, nimmt mir's nicht übel, aber du tust mir leid. Wenn ich nur wollte — sie stünde mit genau so Akt wie dir."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110324-16/fragment/page=0002

Frankreich.

Eine bewegte Parlamentssitzung.

Aus Paris schreibt man uns: Am Dienstag gab es wieder einmal einen richtigen Skandal in der französischen Deputiertenkammer. Die Vorgeschichte davon ist charakteristisch für das politische Intrigenspiel. Als Herr Monis sein Ministerium konstituierte, nahm er auch Herrn Malvey, der Briand gestürzt hat. Als man jedoch an die Verteilung der Portefeuilles ging, blieb für Herrn Malvey nichts mehr übrig. So half man sich mit dem üblichen Auskunftsmittel: Man gründete ein Unterstaatssekretariat. Herrn Malveys Spezialität sind kirchenpolitische Fragen, und so dachte man zunächst daran, das immer noch existierende Kultusbudget und die dazu gehörigen Angelegenheiten wieder dem Justizministerium einzuverleiben und Herrn Malvey zum Unterstaatssekretär des Kultus zu machen. Um aber die Briandisten nicht zu verletzen, sah man davon ab. Man fand einen anderen Ausweg, der überdies den der Logik für sich hat. Das aus unbekannten Gründen dem Ministerium des Innern unterstellte Gefängniswesen wurde dem Justizministerium unterstellt und Herr Malvey zum Unterstaatssekretär des Gefängniswesens gemacht.

Die offenen und vor allem die versteckten Gegner des Ministeriums, die auf eine Gelegenheit lauerten, um gegen die Regierung zum Angriff überzugehen, drapierten sich mit dem Mantel des verletzten Rechts und schrien in alle Winde, daß diese Schaffung eines Unterstaatssekretariats ungesetzlich und antikonstitutionell sei. Das sind dieselben Leute, die Briand zujubelten, als er die Ungesetzlichkeit als Regierungsprinzip proklamierte . . .

Die Angelegenheit kam heute zur Diskussion, bei Beratung der Kreditforderung für das neue Unterstaatssekretariat. Herr Monis hatte erklären lassen, daß er die Vertrauensfrage stellen werde. Die Frage war also zu einer politischen Vertrauensfrage geworden und sie sollte es erst recht durch die Erklärungen eines Mitgliedes der Opposition werden. Es hatten schon mehrere Redner der Rechten und des Zentrums gesprochen, als Herr Jules Roche, vom Zentrum, ein verbissener Reaktionär, aufstand und erklärte, daß die vom Ministerium getroffene Maßregel wohl gesetzlich und auch gut sei, daß er aber aus politischen Gründen dagegen stimmen werde. Natürlich wurde diese Erklärung von der Linken und der äußersten Linken mit großem Beifall aufgenommen, demaskierte sie doch das Spiel der sogenannten demokratischen Linken, während diese die Rechte und das Zentrum wütende Gesichter machten. Als darauf Herr Monis auf die Tribüne stieg, waren die Gemüter sehr erregt. Herr Monis, in seiner unbeholfenen und geraden Manier, packte den Stier bei den Hörnern. Auf die Erklärung Herrn Roches Bezug nehmend, erklärte er, daß er glücklich sei, „endlich einem ehrlichen und freien Mann zu begegnen, der . . .“ Weiter kam er nicht. Die Rechte und das Zentrum waren über diese Erklärung, daß sich in ihren Reihen ein ehrlicher Mann befände, so empört, daß sie einen Heidenlärm machten. Während einer halben Stunde versuchte Herr Monis vergebens, sich Gehör zu verschaffen. Er begnügte sich schließlich, dem Stenographen seine Rede zuzuschreien, während die Linke und die Sozialisten den Lärm der **Pulldeckel mit Beifallssalven zudeckten. Vergebens suchte Herr Drelon von der demokratischen Linken sich und seine Freunde näher aus der Patsche zu ziehen. Die Füchse waren einmal in der eigenen Schlinge gefangen. Mit 363 gegen 103 Stimmen** wurden die Kredite bewilligt. Es war ein reinigendes Gewitter, aus dem die „Linksrepublikaner“ wie begossene Pudel abzogen.

Oesterreich-Ungarn.

Vor einer parlamentarischen Krise.

Wien, 23. März. Die Blätter konstatieren übereinstimmend, daß sich das Parlament wieder einmal in einer periodischen Krise befindet. Ministerpräsident Bienerth soll entschlossen sein, falls die slawische Union bei der Erledigung des Budgetprogramms Schwierigkeiten bereiten sollte, das Abgeordnetenhaus aufzulösen.

Rumänien.

Das Land der Bauernrevolten.

Belgrad, 22. März. Wie die Tribuna aus Bukarest meldet, ist die rumänische Regierung sehr besorgt, da sich Anzeichen einer bevorstehenden großen Bauernrevolte bemerkbar machen; unter den Bauern herrscht auch eine antidynastische Strömung. Die rumänische Regierung hat bereits insgeheim polizeiliche Maßnahmen getroffen. — Sie soll lieber dafür sorgen, daß die Bauern nicht zu hungern brauchen!

Portugal.

Erwachendes Klassenbewußtsein der portugiesischen Arbeiter.

Dem Vorwärts wird aus Lissabon über die dortigen Kämpfe geschrieben: In der vorigen Woche hat der erste blutige Zusammenstoß zwischen dem Proletariat und der die Interessen des Kapitals schützenden Regierung der jungen Republik stattgefunden. Die Arbeiter der Sardinenfabriken von Setubal, einem kleinen Orte 60 Kilometer südlich von Lissabon, hatten ihre Arbeit niedergelegt, um eine Erhöhung des Lohnes durchzusetzen. Die provisorische Regierung sandte sofort die republikanische Garde an den Streikort, um das angeblich bedrohte Eigentum der Unternehmer zu schützen. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen den Streikenden und dem Militär, wobei zwei Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

Dieses provokatorische Vorgehen versetzte das portugiesische Proletariat in helle Wut — es wurde sofort der vierundzwanzigstündige Generalstreik in Lissabon als Protestkundgebung gegen die Metzelei beschlossen und durchgeführt.

Die Aufregung der Arbeiter ist groß. Die Handlungsweise der Regierung findet selbst in der republikanischen Presse scharfe Verurteilung. Die Blätter erklären es als unverständlich, daß das Ministerium Soldaten zur Niedermetzelung der Streikenden schicke, nachdem es das Koalitionsrecht verliehen habe.

Seit der Revolution hat sich das Klassenbewußtsein der portugiesischen Arbeiter kräftig entwickelt. Die kommenden Wahlen können eine böse Ueberraschung für die provisorische Regierung werden.

Das Militärkomplott.

London, 23. März. Wie den Times aus Oporto telegraphiert wird, ist der Oberst Castro, der Organisator des Militärkomplotts im Norden Portugals, gestern nach Lissabon überführt worden. Nach dem Zugeständnis zweier verhafteter Soldaten sind auch mehrere höhere Zivilbeamte kompromittiert. Die Untersuchung dauert fort, aber über das Resultat wird große Reserve beachtet.

Mexiko.

Die Situation.

London, 23. März. Nach einem Telegramm aus Mexiko ist man dort noch immer ohne genaue Nachricht aus Mexiko. Gewissen Informationen zufolge stände die Regierung mit den Insurgenten in Unterhandlungen wegen Niederlegung der Waffen. Ferner heißt es, daß Aenderungen im Kabinett bevorständen und daß gewisse administrative Reformen, die einen populären Charakter tragen, zur Durchführung gelangen sollen. Finanzminister Simantor versucht, so sagt man, einen Akkord zwischen der Regierung und den Insurgenten einzuleiten. Aber man weißt noch nicht, ob sein Einfluß dazu ausreichen wird. Verschiedentlich wird dem Präsidenten Diaz die Absicht zugeschrieben, vorerst die Revolution zu unterdrücken, ehe man Reformen vornehmen wird. — Die „Absicht“ allein reicht aber noch lange nicht aus zur „Unterdrückung“ der Revolution.

Aus der Partei.

Wie man uns behandelt.

Zurzeit macht Redakteur Genosse Haase vom Volksblatt für Mühlhausen im Gefängnis zu Mühlhausen i. Th. zwei auf je sechs Wochen bemessene Strafen ab, die ihm die empfindliche Ehre dreier Schutzleute eingetragen hat. Er muß eine ganz rigorose Behandlung über sich ergehen lassen. Während bisher dort die Pressesünder eigene Kleidung tragen durften, hat man den Genossen Haase in die blaue Drillichuniform der übrigen Sträflinge gesteckt. Sein Antrag auf Lesen einer Zeitung wurde abgelehnt. Von Selbstbeschäftigung und Selbstbeköstigung ist keine Rede.

24.3.

Gewerkschaftliches.

Die Metallarbeiteraussperrung in Chemnitz.

Die Former und Gießereiarbeiter lachten über den Aussperrungsbeschluß des Verbandes der Chemnitzer Metallindustriellen, die Arbeiterschaft richtete sich auf die Aussperrung ein. Mittlerweile fuhr der Krach in die Reihen der Unternehmer selbst und nur mit Mühe und Not wurde der offene Bruch vermieden. Doch so weit kam es nicht, daß die Aussperrung allgemein durchgeführt wurde. Fünfzig Prozent sollten zunächst ausgesperrt werden. Nach der am 1. Mai 1910 erfolgten Arbeiterzählung waren in der Metallindustrie gegen 33 000 Arbeiter beschäftigt. Jetzt werden es etwa 2000 mehr sein. Es mußten also bei 50 Prozent — nach Abzug der 3000 Streikenden — 15—16 000 Arbeiter ausgesperrt werden; die erste Zählung ergab aber nur 6000 Personen. 23 Betriebe haben überhaupt nicht ausgesperrt! Der geschlossenen Einheit der Arbeiter stehen die Unternehmer zersplittert gegenüber. Die Ausgesperrten haben frohen Mutes das Opfer der Aussperrung auf sich genommen. Sie sind sämtlich „ordnungsmäßig“ entlassen worden. Ihre Entlassungsscheine tragen folgenden charakteristischen Vermerk: Die Entlassung erfolgt auf Grund des Aussperrungsbeschlusses des Metallindustriellen-Verbandes.

Die zentralen Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe beginnen am Freitag, den 24. März, morgens 8 Uhr, in Frankfurt a. M. Daran werden aus za. 50 Orten mindestens 100 Vertreter der Unternehmer und 100 Vertreter der Arbeiter teilnehmen. Es ist der letzte Versuch, je nach den örtlich geführten Verhandlungen gebliebenen Differenzen mit Hilfe der Hauptvorstände auszugleichen, um Streiks und Aussperrungen von größerem Umfange zu verhüten. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 5 Prozent.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Mittwoch früh haben bei der Dortmunder Union, einem Werk, das 7000 Arbeiter beschäftigt, sämtliche Heizer, Maschinisten und das Kesselpersonal die Arbeit niedergelegt, so daß der ganze Betrieb ruhen muß. Die Arbeitseinstellung erfolgte, weil die Direktion die Lohnforderungen der Arbeiter ablehnte. Die Christlichen haben Streikbruch proklamiert, es sind jedoch nur vier in dem Betriebe beschäftigt. Die Streikenden sind zu 98 Prozent freiorganisiert.

In Weimar b. Kassel hat die Firma Bauch u. Ko. 400 Metallarbeiter ausgesperrt, weil diese durch eine Kommission die Wiedereinstellung der entlassenen Vertrauensleute der Organisation verlangten.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 21. März.

Insultiert wurde am 23. September v. J. um die Mittagszeit ein Polizist vor einer Destillation in der Delitzscherstraße durch mehrere Arbeiter, die viel Schnaps getrunken hatten. Als er den Säbel ziehen wollte, kamen noch mehrere Gelegenheitsarbeiter hinzu und hinderten ihn daran. Die wegen Roheitsvergehens schon vorbestraften Arbeiter Kottwitz, Werbig und Degener sollen ihm den Säbel festgehalten, ihm das Koppel zerrissen und ihm Püfse und Stöße versetzt haben. Dann erfolgten Drohungen und auf dem Transport nach der Wache Widerstandsleistungen. Das Schöffengericht hatte die drei Genannten wegen des Roheitsexzesses zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Ihre hiergegen eingelegte Berufung wurde verworfen. — Also 12 Monate Gefängnis! Und die Ursache — der Alkohol! Viel Elend und Schande konnte den Arbeitern erspart werden, wenn sie dem Rufe der organisierten Arbeiterschaft: „Meidet den Schnaps!“ Folge leisteten.

Ein schwerer Automobilunfall brachte dem Buchdruckereibesitzer des Wittenberger Kreisblattes, Wattrodt, eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung ein. Der Beschuldigte fuhr am Nachmittage des 16. Oktober v. J. auf einer Automobiltour durch Halle. Von der Klausbrücke kommend, fuhr er an der Ecke der Dreyhauptstraße mit seinem Kraftwagen dem Kutschwagen des hiesigen Fabrikanten Forberg, der langsam hinter einem Straßenbahnwagen herfuhr, in die Flanke und beschädigte die Rückseite sehr erheblich. Der Fabrikant wurde auf das Pflaster geschleudert und ziemlich schwer verletzt. Er erlitt einen Rippenbruch, vielfache Rißwunden und Quetschungen, sowie auch eine leichte Gehirnerschütterung. Sein Sohn stürzte infolge des heftigen Zusammenpralles aus dem Wagen und fiel über ein Pferd. Die Fabrikantenfrau kam mit einem arg zerrissenen Kleide davon. Der Kreisblattherr wollte mit seinem Auto davonfahren, mußte aber schließlich anhalten, da nicht bloß die Familie Forberg, sondern auch das Publikum, das sich inzwischen angesammelt hatte, eine drohende Haltung einnahm. Schließlich schritt die Polizei ein und stellte die Personalien der Beteiligten fest. Das Schöffengericht hatte den unvorsichtigen Fahrer zu 300 Mk. Geldstrafe ev. 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte dagegen Berufung eingelegt mit dem Bemerken, er habe pflichtgemäß gefahren. Die Verhandlung, zu der 18 Zeugen aufgeboten worden waren, hatte aber das Ergebnis, daß das Urteil erster Instanz bestätigt wurde.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null).

Unstrut und Saale.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpeg.	21. März	+0,74	22. März	+0,74	—	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,18	„	+2,18	—	—
„ Unterpegel	„	+1,44	„	+1,52	—	0,08
Weißenfels, Oberpg.	„	+2,54	„	+2,50	0,04	—
„ Unterp.	„	+0,66	„	+0,62	0,04	—
Trotha	„	+2,28	„	+2,24	0,04	—
Alsleben, Oberpegel	„	+2,55	„	+2,52	0,03	—
„ Unterpegel	„	+1,92	„	+1,84	0,08	—
Bernburg	„	+1,50	„	+1,46	0,04	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,68	„	+1,68	—	—
„ Unterpegel	„	+1,30	„	+1,22	0,08	—
Elbe.						
Dresden	21. März	—0,34	22. März	—0,37	0,03	—
Torgau	„	+1,98	„	+1,97	0,01	—
Wittenberg	„	+2,87	„	+2,84	0,03	—
Roßlau	„	+2,34	„	+2,33	0,01	—
Barby	„	+2,61	„	+2,57	0,04	—
Magdeburg	„	+2,16	„	+2,13	0,03	—

Zum Reichstags-Wahlfonds:

Halle. Gesammelt von den Brauereiarbeitern der Firma Günther im Restaurant von Neubert 5,70; Gesammelt im Restaurant zur weißen Dame 0,95 Mk. Reinwand.

Eisleben. Aus Gerbstedt von einer Extratour des Arbeiter-Gesangvereins 7,47 Mk. Joh. Stelzer.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Vermischtes Paul Hennig, für Ausland, Feuilleton und Lokales Karl Bock, für Provinzielles und Versammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Lebensmittel

Freitag = Sonnabend.

Nussbaum

Kakao	rein	Pfund 65 Pf	Graupen	Pfund 11 Pf.	Erbsen	2 Pfd.-Dose 32 Pf	Rauchfleisch	Pfund 75 Pf.
Haferkakao	Pfund 25 Pf.		Gries	Pfund 18 Pf.	Erbsen	mittel 2 Pfd.-Dose 42 Pf.	Fetter Speck	Pfund 65 Pf.
Gebr. Kaffee	Pfund 60 Pf		Reis	Pfund 12 Pf.	Erbsen	fein 2 Pfd.-Dose 55 Pf.	Mettwurst	Pfund 95 Pf.
Gebr. Gerste	Pfund 14 Pf		Erbsen	Pfund 14 Pf.	Brechbohnen	2 Pfd.-Dose 27 Pf.	Knackwurst	Pfund 70 Pf.
Ceylonia	(Kaffee-Ersatz) ½ Pfund 45 Pf		Linsen	Pfund 15 10 Pf.	Spinat	2 Pfd.-Dose 38 Pf.	Th. Cervelatwurst	Pfund 1 10

Haushalt-**Schokolade** Pfund 55 Pf

Frische **Salatgurken** Stück 45 Pf.

Apfelsinen 10 Stück 25 und 20 Pf.

Thüringer **Landschinken** ohne Knochen Pfund 1 25

Ringäpfel	Pfund 52 Pf.	Aprikosen	2 Pfd.-Dose 90 Pf	Marmelade	5 Pfd.-Eimer 1 05	Rotwurst	Pfund 50 Pf.
Pfirsiche	Dose 55 Pf.	Erdbeeren	2 Pfd.-Dose 85 Pf	Hering in Gelée	Dose 25 Pf.	Land-Leberwurst	Pfund 50 Pf.
Mischobst	Pfund 25 Pf	Reineclauden	2 Pfd.-Dose 70 Pf.	Krabben	Dose 25 Pf.	Schokol.-Plätzchen	¼ Pfd. 18 Pf.
Puddingpulver	5 Paa 20 Pf.	Stachelbeeren	2 Pfd.-Dose 58 Pf	Bismarckheringe	Dose 40 Pf.	Gem. Konfekt	¼ Pfund 8 Pf.
Rote Grütze	4 Pack 20 Pf.	Birnen	2 Pfd.-Dose 50 Pf.	Anchovis	Glas 25 Pf.	Gem. Bonbon	¼ Pfund 7 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191103 24-16/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.

Neu! Zirkus in der Walhalla. Neu!

Marquise Dassie mit ihren 7 Ponys. — Clown Mayo. — Zirkus Avilo aus England. — Werner & Amoros „Beim Flirten erwischt". — Mstr. Claudius. — L. Maly.

Gastspiel: Der spanische Caruso

Bernh. Posen — Les Hernandez — Jacques Bronn-Biograph.

---

500 Herren- u. Jünglings-Jackettanzüge

nur neueste Moden und Muster, verkaufe zu folgenden, selten billigen Preisen.

Serie I	Serie II	Serie III
Herren-Jackettanzug in haltbaren, modernen Stoffen Stück nur **8**75 M.	Herren-Jackettanzug in dunkeln, herrlichen Modemustern Stück nur **11**50 M.	Herren-Jackettanzug in wirklichen Prachtmustern Stück nur **14**50 M.
Serie IV	**Serie V**	**Serie VI**
Herren-Jackettanzug in 15 verschiedenen Modefarben Stück nur **16**25 M.	Herren-Jackettanzug extra feinste Ausstattung Stück nur **18**75 M.	Herren-Jackettanzug in hell. mod. Modefarben, 1- u. 2 reihig Stück nur **21**25 M.

Ein Posten **Knaben-Anzüge** in Schul- u. Blusen-Fasson, moderuste Farben, von **2,10** Mk. an.

Bitte Schaufensteraustagen zu beachten.

Trotz der enorm billigen Preise 5 Proz. Rabatt.

Ernst Renner,

14 Marktplatz 14.

Achtung!

Hervorragend billiges Angebot!!!

Sehr preiswertes **Wohn- u. Speisezimmer**

in amerik. Nussbaum modern geschnitzt,

1 nussb. Buffet mit Verglasung	Mk.	150.—
1 „ Zweizugtisch	„	40.—
1 „ Umbau u. mit grossem Spiegel	„	75.—
1 „ Moquette-Diwan	„	90.—
6 „ Rohrlehnstühle à 7.50	„	45.—
1 „ Serviertisch	„	18.—
Summa	Mk.	418.—

Modernes Schlafzimmer

in ff. Satin, Nussbaum imit.

2 moderne Bettstellen 190×90	Mk.	66.—
2 Staubfeindpolster-Matratzen	„	64.—
1 Schrank mit Hutboden u. Stange	„	50.—
1 Waschtisch mit Marmorplatte	„	36.—
2 Nachtspinde, geschlossen	„	40.—
1 Spiegel	„	11.—
2 Stühle	„	12.—
1 Handtuchständer	„	6.—
Summa	Mk.	285.—

1 moderne Küche

Mausgrau mit Strichen abgesetzt Mk. 83.—

Reiche Auswahl in Speisezimmern in Eiche, Salons und Schlafzimmern, alles grundsolide Arbeiten bei billigsten Preisen. — Musterbuch gratis.

Gebr. Kroppenstädt, Halle a. S., Gr. Märkerstrasse 4.

Täglich frisch geröstet

Büsch's Probat-Kaffee

von exquisitem Geschmack, wundervollem Aroma und grösster Ergiebigkeit

a Pfund 140 Pf., 150 Pf., 160 Pf., 180 Pf., 200 Pf.

Tee letzter Ernte,

hochfeine Qualitäts-Mischungen,

a Pfund 200 Pf., 300 Pf., 400 Pf., 500 Pf., 600 Pf.

In Packungen von 1/8, 1/4, 1/2, 1/1 Pfund.

Kakao, garantiert rein, leicht löslich,

von in- und ausländischen Fabriken, in Original-Packungen a Pfd. 80, 100, 120, 140, 160, 180, 200, 240, 285 Pf.

Block-Schokolade,

garantiert rein,

a Pfund 68 Pf., 80 Pf., 100 Pf.

Speise-Schokoladen, Biskuits

in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Carl Otto Büsch,

Kaffee-Import u. Grossrösterei „Probat",

Kolonialwarenhaus ersten Ranges.

Obere Leipzigerstrasse 65. Tel. 213.

Palme u. Mandel

liefern die hauptsächlichsten Bestandteile der sprichwörtlich beliebten Pflanzen-Butter-Margarine

Sanella

Der Namenszug des Erfinders Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Oscar Liebreich in blauer Schrift ist das Kennzeichen jeder Originalpackung dieses einzig dastehenden Butter-Ersatzes, welcher unter dem Schutze des D.R.-P. Nr. 100 922 allein von uns hergestellt wird.

Liebreich

In einschlägigen Geschäften erhältlich.

SANA-Gesellschaft m. b. H., Cleve.

Freitag u. Sonnabend **68** Pfg. mit 5 % Rabatt.

Ia. Schmeer 1 Pfd.

Für die Tafel, sowie zum Backen von Pfannkuchen:

garantiert reines bildenweiss. **Cocos-Schmalz** 1 Pfd. **56** Pfg. mit 5 % Rab.

Albert Knäusel.

Gebrauchte Möbel

Nußbaum u. Mahagoni.

Bufetts, Kredenzen, Vertikows, Kleider- und Wäschekästen, Herren- u. Damen-Schreibtische, Chaiselong., Trumeau-Spiegel, Prunkschränke, Seiden-, Plüsch- u. Stoffsofas, Salon- und Ausziehtische, Stühle, Bettstell. m. Matratz., Waschtische m. Marmorplatt. und vieles andere mehr verkauft sehr preiswert

Friedrich Peileke

Tel. 2450. — Geiststr. 25.

Soziald. Verein für Halle und den Saalkr.

Distrikt: **Ammendorf u. Umgegend.**

Freitag den 24. März 1911, abends 8½ Uhr, im Gasthaus zum Dreierhaus in Ostendorf:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag der Genossin Rühle-Halle.
2. Verschiedenes.

Einem recht zahlreichen Besuche sieht entgegen

Die Distriktsleitung.

Jede Mutter

bewahre ihr Kind vor **Skrophelu,** engl. Krankheit, **Ausschlag** durch Eingeben von

Medicinal-**Lebertran-Emulsion.**

Bestes Blutreinigungs- u. Stärkungsmittel.

Erleichtert das Zahnen.

Flasche 1 Mk. und 2 Mk.

Max Rädler, Drogerie, Remischestrasse 2.

Delitzsch.

Sonnabend den 25. März abends 8½ Uhr im **„Lindenhof":**

Oeffentliche Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

Der sterbende Reichstag und das Urteil des Volkes.

Referent: Reichstags-Abg. A. Albrecht-Halle.

Um zahlreichen Besuch Arbeiterschaft von Delitzsch u. Umg. ersucht

Der Einberufer.

Prim. Schnittbohnen	2 Pf.-Dose	28 ₰
Gemüse-Erbsen	2 Pfund-Dose	36 ₰
Gemüse-Melange	2 Pfund-Dose	45 ₰

empfiehlt

Paul Ziegler,

Gr. Steinstrasse 44.

Merseburg. Merseburg.

Verband der Lederarbeiter.

Sonnabend den 25. März, abends 8½ Uhr, in der Kaiser Wilhelmshalle:

BALL.

Freunde und Genossen ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Konfirmanden-Hüte

in grösster Auswahl.

Kragen, Manschetten, Serviteure, Chemisetts, Krawatten, Manschetten-Knöpfe, Handschuhe (auch für Mädchen)

empfiehlt billigst

Gustav Richter

Gr. Klausstrasse 35.

∴ **Die Vorzüge** ∴

meiner Schultornister,

solide haltbare Qualität und billiger Preis, sichern mir dauernden Erfolg. Alljährlich steigt der Umsatz, weil sich haltbare Ware selbst am besten empfiehlt.

Schultornister für Knaben und Mädchen in großer Auswahl von den billigsten bis zu den feinsten.

C. F. Bitter, Leipzigerstr. 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

!Rossfleisch!

Diese Woche wieder ff.

Alles übrige wie bekannt nur delikat bei

A. Thurm,

Reilstrasse 10.

H K

Briketts 60 Pfennig pro Zentn. frei Haus.

Press-Steine 12 Mark pro 1000 St. frei Haus.

Halleisches Kohlenwerk G. m. b. H.

Brüderstrasse 5. Halle a. S. Telephon 782.

Althee-Bonbon

von großartiger Wirkung bei Bronchialkatarrh.

— ¼ Pfd. 20 Pfg. —

Carl Booch, Breitestr. und Markt im Turm.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Peller.

Das neue Pracht-Programm

W. Collins

„Triumph der Schönheit".

5 Romantiques.

2 Overgrands.

Lilly u. Fred irwing:

„Im Walzerfieber".

— Hermann Kunz. —

Miriam.

3 Rostocks.

Mia Harden.

Bröse's Velograph.

— Gewöhnliche Preise. —

Stadttheater Halle.

Direktion: Geh. Hofrat U. Richards.

— Fernruf 1161. —

Freitag den 24. März:

186. Vorstellung i. Ab. 2. Viertel.

Novität! Novität!

Zum 12. Male:

Königskinder.

Musiknärchen in drei Bildern von Engelbert Humperdinck.

Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Sonnabend den 25. März:

187. Vorstellung i. Ab. 3. Viertel.

Einmaliges Gastspiel

Alexander Moissi

vom Deutschen Theater in Berlin

Die Räuber.

Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.

Franz Moor . Alexander Moissi.

Sonntag den 26. März vormittags 11½ Uhr:

Matinée.

Einleitender Vortrag über:

„Der Rosenkavalier"

mit Erläuterungen am Klavier, gehalten von

Dr. Leopold Schmidt,

Musikschriftsteller und Musikreferent des Berliner Tageblattes.

Sonntag den 26. März:

Nachmittags 3½ Uhr:

19. Volksvorstellung zu klein. Einheitspreisen von 60, 40 u. 25 Pfg.

Der Waffenschmied von Worms.

Komische Oper in drei Akten von Albert Lortzing.

Abends 7½ Uhr:

188. Vorstellung i. Ab. 4. Viertel.

Der Zigeunerbaron.

Operette in 3 Akten.

Musik von Johann Strauß.

CIRCUS Cyrill Hatlé

Das Nonplus aller europäisch. Zeit-Circusse

Nur noch 5 Tage!

Heute und täglich abends 8¼ Uhr:

Grosse Gala-Vorstellung.

Sonnabend und Sonntag

2 gr. Vorstellungen 2.

Nachm. 4 und abends 8½ Uhr.

Montag den 27. März

Unwiderruflich letzter Tag.

Tonbild-Bühne

Schmeerstr. 35.

Kunst, Wissenschaft, Ernst u. Humor.

Nur noch Donnerstag und Freitag:

Der alte Schauspieler.

Die Vision eines sterbenden Komödianten.

!!! Neu !!!

Ein Hydroplan.

Der Wasserflieger Forbanini, der über 80 km pro Stunde auf d. Lago Maggiore zurücklegt.

Großartige Erfindung der Neuzeit.

Sehr originell:

Max mit 'm Schwung hat eine Braut gefunden.

Ausserdem das übrige sensationelle Programm.

Für die Redaktion verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110324-16/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 71 — Halle a. S., Freitag den 24. März 1911 — 22. Jahrg.

Polizeibestialitäten.

Das Gerichtsurteil über Moabit.

II.

Das schriftliche Urteil der Moabiter Lieber-Strafkammer über die echt preußischen Brutalitäten der Polizei führt „eine beschränkte (!) Anzahl" erwiesener Fälle an, die auf die preußische Polizeiherrschaft ein schmachvolles Licht werfen. Wir haben in der vorletzten Nummer bereits die ersten acht Fälle der ausgewählten Serie veröffentlicht und lassen nunmehr eine Anzahl weiterer folgen.

Das schriftliche Urteil der Strafkammer über den Moabiter Polizeitrauallprozeß führt also wörtlich fort:

*

9. Am Abend des 28. September waren die Heidemannschen Eheleute von einem Besuch in Charlottenburg mit der Stadtbahn zurückgekehrt. Sie stiegen an der Gotzkowskybrücke aus und gingen nach der Jagowstraße. Hier floh eine von Schutzleuten verfolgte Menge. Ein junger Mann, der die Haustür Jagowstraße 21 aufschloß, wurde von einer Zivilperson geschlagen, ebenso der Ehemann Heidemann. Beiden gelang es, in den Hausflur zu entkommen, während Frau Heidemann auf der jetzt menschenleeren Straße zurückblieb. Ein uniformierter Schutzmann stürzte auf die vereinzelt ruhig auf der Straße wartende Frau zu und schlug unter den Worten: „Du Aas, was hast Du auf der Straße zu suchen," mit der Faust und mit dem Säbel auf sie ein. Frau Heidemann wurde am Arm bis auf den Knochen verwundet.

10. Am 28. September, nachts gegen 11 Uhr, standen mehrere uniformierte Schutzleute an der Gotzkowsky- und Waldstraße. Ein durch die an dieser Stelle menschenleeren Turmstraße vereinzelt gehender Mann, der ein Paket trug, bekam von einem Schutzmann einen Stoß, so daß ihm Paket und Mütze hinfielen. Als er sich bückte, kamen andere Schutzleute herbei und schlugen mit Säbeln auf ihn ein. Er erhielt solche Verletzungen, daß er blutüberströmt in einer Droschke fortfahren mußte.

11. Am 28. September gegen 10 Uhr abends, war in der Gotzkowskystraße eine Menschenmenge von der Turmstraße her durch Polizeibeamte vertrieben worden. Als jetzt eine vereinzelt gehende Frau von der Gotzkowskystraße in die Zwinglistraße einbiegen wollte, wurde sie von einem uniformierten Schutzmann verfolgt, auf den Bürgersteig geworfen und mit dem Säbel geschlagen.

12. Am 28. September, gegen 11 Uhr nachts, war der Bäcker Benecke vom Bahnhof Beusselstraße kommend, im Begriff, nach seiner Arbeitsstelle in der Rostocker Straße zu gehen. An der Beussel- und Stickingenstraße wurde er durch eine polizeiliche Absperrungskette hindurchgelassen. In der Rostocker Straße, in welcher damals keine Ansammlungen waren, bekam er von einem uniformierten Schutzmann, obwohl er ruhig und vereinzelt war, einen Stoß in das Genick. Ein zweiter Mann wurde geschlagen; ein dritter, der hierzu bemerkte: „Die Hälfte wäre auch genug!" wurde von einem uniformierten Schutzmann mit dem Säbel verprügelt, wobei der Schutzmann rief: „Du Aas, willst noch nicht liegen?" Zwei andere Leute, die von einer Zivilperson geschlagen wurden, riefen um Hilfe. Ein Schutzmann kam hinzu und schlug mit dem Säbel auch noch auf sie ein.

13. Am 29. September, abends gegen 3/4 9 Uhr, verließ der Kohlenhändler Gießler mit seiner Frau und Tochter sein in der Beusselstraße 9 belegenes Geschäft, um nach Hause zu gehen. Da er durch eine Absperrung nicht hindurch kam, kehrte er wieder um. Während er im Begriffe war, das Geschäft wieder aufzuschließen, rief ihm ein Polizeileutnant zu: „Scheren Sie sich hinein!" Gießler erwiderte: „Erlauben Sie, ich muß erst aufschließen." Aufforderung und Antwort wurden dann nochmals wiederholt. Darauf kamen auf einen Wink des Leutnants Schutzleute herbei. Einer gab Gießler einen Tritt. Während dessen hatte die Frau das Geschäft aufgeschlossen. Auf der Straße war weder damals noch vorher eine Ansammlung.

14. Am 29. September, abends gegen 3/4 11 Uhr, hatte der Mechaniker Unverzagt mit seinem Bruder die Bedürfnisanstalt an der Ecke der Hutten- und Beusselstraße aufgesucht. Er kam zuerst heraus und wartete auf seinen Bruder. Ein kleiner uniformierter Schutzmann ging auf ihn zu, gab ihm Faustschläge und Fußtritte und rief: „Lümmel, Strolch, Schwein, willst Du machen, daß Du fortkommst!"

15. Am 29. September ging der Hausdiener Hagen, von der Gotzkowskystraße kommend, durch die Turmstraße. Beim Preußischen Geschäft an der Beusselstraße standen Schutzleute in Gruppen; einer davon trat an Hagen heran und äußerte: „Det Aas könnte auch schon in der Seeche liegen."

16. Am 27. September begab sich der Dreher Hoffmann in scharfem Schritt durch die Wittstocker Straße nach der Rostocker Straße. Ein uniformierter Schutzmann rief ihm zu: „Aas, Du kannst wohl nicht laufen?" Ein anderer fügte hinzu: „Wir werden Dir eins über den Arsch ziehen, daß sich der Mastdarm verbiegt!"

17. Am 28. oder 29. September abends hatte der Gerichtsaktuar Schur seine Schwester nach der Haltestelle an der Turm- und Stromstraßenecke begleitet. Auf seinem Rückwege nach der Wilsnackerstraße bekam er von einem Schutzmann mehrere flache Hiebe. In der Bandelstraße war ein Geschrei entstanden. Wenn der Schutzmann auch angenommen haben mochte, daß der Lärm von Schur herrühre, war er aus dieser Ursache immerhin nicht berechtigt, auf eine einzelne Person einzuschlagen.

Kurz vorher hatte ein gleichfalls ruhig gehender Herr von einem anderen Schutzmann einen Säbelschlag über die rechte Backe bekommen.

18. Am 29. September wurde ein junger Mann, der bei der Heilandskirche auf einer Bank saß, von drei uniformierten Schutzleuten zu Boden geschlagen. Als er lag, kam noch ein vierter Schutzmann hinzu und versetzte ihm einen Säbelhieb über den Kopf, daß das Blut nur so strömte.

19. Am 29. September, abends gegen 8 Uhr, standen zwei Herren, von denen der eine einen Zylinderhut trug, an der Haltestelle in der Beusselstraße nahe der Turmstraße. Ein Schutzmann trat an sie heran und forderte sie mehrmals zum Weitergehen auf, obwohl ihm die Herren sagten, daß sie auf den Straßenbahnwagen der Linie 17 warteten. Darauf gab der Schutzmann dem Herrn, welcher mit dem Zylinder bedeckt war, einen Stoß, so daß der Hut zur Erde fiel.

20. Endlich gehört hierher auch derjenige Vorgang, welcher oben zum Fall Hermann Weiß Nr. 19 erörtert ist und hiermit in bezug genommen wird.

Die Ausführungen, auf die hier verwiesen wird, lauten:

Nun ist aber weiter auf Grund der Aussage der Jordanschen Eheleute als festgestellt erachtet worden, daß nach Säuberung der Straße ein Mann ruhig und für sich allein von der Beusselstraße in die Wiclefstraße einbog und daß er in der damals menschenleeren Straße an der Kirche zuerst von einem Schutzmann einmal und dann von einem zweiten Schutzmann zweimal derart mit dem Säbel geschlagen wurde, daß er stark blutend und jammernd zu Boden fiel.

Diese beiden Schutzleute hatten zu ihrem Einschreiten keinerlei Berechtigung. Die Straße war menschenleer, der Geschlagene ging ruhig ohne Widersätzlichkeit oder gar Tätlichkeit durch die Straße. Er war also als harmloser Passant zu betrachten, von dem die Schutzleute weder für sich noch für die öffentliche Ordnung etwas zu befürchten hatten. Wenn sie gleichwohl auf ihn einschlugen, so befanden sie sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes, sondern haben sich eines argen Amtsmißbrauchs schuldig gemacht. Selbst wenn der Mann in der Beusselstraße zu den Aufrührern gehört hätte, so war er jedenfalls nach seinem Einbiegen in die Wiclefstraße von jenem strafbaren Tun zurückgetreten. Hier würden die Schutzleute das Recht gehabt haben, ihn festzunehmen, keinesfalls aber waren sie in diesem Augenblicke befugt, nach Art einer Züchtigkeit auf ihn mit dem Säbel einzuschlagen.

Das Gericht hat zugunsten des Weiß angenommen, daß er diesen Vorfall von seinem Balkon mitangesehen und dann aus Empörung hierüber auf die untenstehenden Schutzmannschaften geworfen hat. . . . .

Das Urteil schildert hier den Mord an dem unglücklichen Arbeiter Herrmann! In der Begründung wird fortgefahren:

Diese nur beispielsweise herausgegriffenen Fälle sind für erwiesen erachtet worden durch das Zeugnis des Kaufmanns Preuß, des Rechtsanwalts Vallien, des Bierabziehers Weiß, des Oberkellners Dohing, des Barbiers Hillmer, des Kellners Braun, des Arbeiters Senf, des Polizeileutnants Schirmer, des Schlosserlehrlings Kaczorek, des Polizeiwachtmeisters Turau, des Försters a. D. Prevor, der Frau Heidemann, des Architekten Waiczat, des Herrnmachers Westphal, des Bäckers Benecke, des Kohlenhändlers Gießler, des Mechanikers Unverzagt, des Hausdieners Hagen, des Drehers Hoffmann, des Kaufmanns Fritschau, des Eisendrehers Löppner und der Jordanschen Eheleute.

Die in Betracht kommenden Beamten haben in allen diesen und ähnlichen Fällen Amtsüberschreitungen begangen. Die Mißgriffe setzten aber erst am Abend des 28. September ein.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß bis dahin nicht das mindeste nach dieser Richtung hin vorgekommen ist, daß die Schutzmannschaft vielmehr ihres Amtes unter den schwierigsten Verhältnissen mit bewundernswerter Ruhe, Besonnenheit und Zurückhaltung gewaltet hat.*)

Es ist nicht zu vergessen, daß die Ansprüche an die Körperkräfte, die Geduld, die Pflichttreue und das Ehrgefühl der Beamten nicht höher gespannt werden konnten, daß die Beamten tagelang die rohesten Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen mußten, daß viele von ihnen, mancher nicht unerheblich, verletzt wurden und daß sie alle unausgesetzt in Lebensgefahr standen. Unter diesen Umständen mußte die Erregung in den gemarterten Beamten immer mehr zunehmen, zumal als sie sahen, daß auch der sonst ruhige Teil der Bevölkerung gegen sie Partei ergriff. Wenn diese ständig genährte Erregung zur Empörung und schließlich zum Ingrimm wurde, der sich triebartig in Schimpfereien und Mißhandlungen Luft verschaffte, so ist dies rein menschlich zu verstehen.

Immerhin ist aber dadurch denjenigen Angeklagten, deren Straftaten nach dem Beginn dieser Vorfälle liegen, Grund gegeben, sich darauf zu berufen, daß auch die Polizei ungesetzlich vorgegangen ist und daß ihre eigne Erregung hierdurch eine Steigerung erfahren hat. Denn es kann nicht bezweifelt werden, daß die Kunde von den Amtsüberschreitungen sich wie ein Lauffeuer durch die Bevölkerung verbreitete, und es muß zugunsten dieses Teiles der Angeklagten angenommen werden, daß auch sie Kenntnis davon erhielten.

Hieraus war also für sie ein Milderungsgrund zu entnehmen.

Dagegen hat die Beweisaufnahme die weitere Behauptung der Verteidigung, daß zu jener Zeit Lockspitzel in Moabit tätig gewesen seien, mit ausreichender Sicherheit nicht bestätigt. . . . .

Die Begründung führt dazu weiter an, daß der Beweisantrag, den die Verteidigung zu diesem Thema gestellt hat und der die Lockspitzel- und Spitzeltaten Berliner Polizeibeamten von Ihring-Mahlow bis zur Gegenwart zum Gegenstand hatte, abzulehnen war, weil jeder Fall für sich betrachtet und beurteilt werden müsse und Ereignisse, die vier bis fünf und gar dreißig Jahre zurückliegen, auch wenn sie sich zugetragen haben sollten, nicht geeignet wären, die richterliche Ueberlegung und Entscheidung im gegenwärtigen Falle zu beeinflussen.

Die allgemeine Begründung schließt sodann:

Die fernere Behauptung der Verteidigung, daß die Beamten nur aus Lust an Roheit Waffenmißbrauch getrieben hätten, ist nicht erwiesen. Dies ist vielmehr lediglich der außerordentlichen Erregung der bis aufs Blut gereizten Beamten zuzuschreiben.

Völlig beweislos steht aber die ungeheuerliche, freilich nur andeutungsweise gemachte Behauptung der Verteidigung da, als ob die Gesamtheit oder die Lokalleitung den Mißbrauch der Waffen gewollt oder geduldet oder gar zu Zwecken der Aufreizung gewünscht haben können. Eine derartige Unterstellung verdient die schärfste Zurückweisung.

Abgesehen von der Erregung der Angeklagten, die noch durch das Massenbeispiel verstärkt worden ist, fiel zu ihren Gunsten der Umstand ins Gewicht, daß sie den niedrigen Ständen angehören und nicht diejenige Selbstbeherrschung besitzen, welche nur durch einen wohlgeordneten Bildungsgang anerzogen wird, daß sie sich also auch leichter zu Schimpfereien und Tätlichkeiten hinreißen lassen.

Straferschwerend kam andererseits in Betracht, daß durch die Vorgänge ein ganzer Stadtteil in Unruhe und Aufregung versetzt und daß der öffentliche Frieden tagelang gefährdet und gestört worden ist. In solchen Fällen ist Strenge am Platze, um so mehr, als das Gesetz selbst davon ausgeht, daß derjenige, der die allgemeine Ruhe und den öffentlichen Frieden stört, erheblich schwerer bestraft werden muß, als ein Täter, der die Rechte des einzelnen verletzt.

* * *

Wir unterlassen es, hier die Einwendungen zu machen, die wir gegen verschiedene Stellen der Begründung zu erheben hätten. Wir wiederholen: gerade diese Stellen haben die Bedeutung der richterlichen Feststellungen über die Polizeiausschreitungen erhöht! Wenn Richter, die durch eine ganze Reihe anscheinbarer Ausführungen erkennen lassen, daß sie mit beiden Füßen im Lager der Polizei stehen, solche Feststellungen gegen die Polizei zu treffen sich gezwungen sehen, so ist unendlich mehr an Amtsmißbrauch, an polizeilicher Brutalität vorgekommen, als das Urteil erkennen läßt!

Und dann ergibt sich als zwingende Forderung:

der Polizeiminister hat seine Angriffe auf die Zeugen wider die Polizei zurückzunehmen,

der Polizeipräsident hat die Ergebnisse seiner „Untersuchung jeden Einzelfalles" bekannt zu geben oder seine Kaisergeburtstags-Festrede zu widerrufen!

die Staatsanwaltschft aber hat die schuldigen Polizeibeamten von den Richter zu bringen, insbesondere die Mörder des Arbeiters Herrmann!

*) Was wir bestreiten müssen. D. Red.

Die Feuerbestattung.

Preußisches Dreiklassenhaus.

55. Sitzung vom 22. März, mittags 12 Uhr.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feuerbestattung.

Minister v. Dallwitz: Schon seit Jahren beschäftigt die Frage der Feuerbestattung dieses Haus. Der Abg. Langerhans hatte immer wieder die Auffassung vertreten, daß jedem Einzelnen das Recht zustehen müsse, darüber verfügen zu können, ob nach seinem Tode für seine Leiche die Feuer- oder Erdbestattung erfolgen soll. Von anderer Seite wurden gegen diese Auffassung erhebliche Bedenken geäußert. Die Bedenken vom kirchlich-religiösen Standpunkt gipfeln darin, daß die Erdbestattung eine uralte, durch Jahrhunderte fest eingebürgerte kirchliche Sitte sei, deren Beibehaltung dem Empfinden der Mehrheit des Volkes entspreche. Aus diesen Gründen lehnt die katholische Kirche die Feuerbestattung ab, während die Vertreter der evangelischen Landeskirche in ihrer Mehrheit sich auf dem Eisenacher Kongreß dahin ausgesprochen haben, daß zwar die Erdbestattung die einzige kirchlich anerkannte, dem christlichen Empfinden entsprechende sei, daß aber Glaubenssätze und Dogmen der Feuerbestattung nicht entgegenstehen, so daß sie in beschränktem Umfange als zulässig angesehen werden müsse. Die Vertreter der rechtgläubigen jüdischen Kreise stehen der Feuerbestattung durchaus ablehnend gegenüber. Ich will die Berechtigung der Bedenken vom Standpunkt der uralten Sitte voll anerkennen, man muß dafür Sorge tragen, daß unter allen Umständen die Feuerbestattung ausgeschlossen werden müßte in den Fällen, in denen sie den religiösen Anschauungen und dem Willen des Verstorbenen widerspricht. Ich kann aber nicht anerkennen, daß diese kirchlich-religiösen Bedenken auch gegen die fakultative (beliebige, wahlfreie) Feuerbestattung sprechen. Der vorliegende Entwurf läßt die fakultative Feuerbestattung zu in den Fällen, wo das Verlangen danach von dem Verstorbenen bei Lebzeiten in zweifelsfreier Weise ausgesprochen worden ist. Von juristisch kriminalistischer Seite gehen die Bedenken gegen die Feuerbestattung hauptsächlich dahin, daß durch diese Bestattung die Spuren gewisser Verbrechen leichter beseitigt werden können, besonders wenn der Verbrecher in nahen Beziehungen zu dem Opfer gestanden habe. Diese an sich wohl begründete Befürchtung scheint einmal beseitigt zu werden durch die in der Vorlage für die Feuerbestattung vorgesehene obligatorische Leichenschau, ferner durch die Bestimmung, daß der Verstorbene die Feuerbestattung bei Lebzeiten selbst angeordnet haben muß und durch weitere Kautelen. Es läßt sich jetzt schon die Verbringung von Leichen aus Preußen nach den Nachbarstaaten zur Feuerbestattung nicht verhindern, während die vorgesehenen Kautelen im kriminalistischen Sinne dabei fehlen. Auf die Details dieser Bestimmungen wird besser in der Kommissionsberatung eingegangen werden können.

Abg. Graf Wartensleben (kons.): Die Regierung stand bisher ebenso wie die Mehrheiten des Hauses der Feuerbestattung ablehnend gegenüber. Namens des größten Teiles meiner Freunde spreche ich unser Bedauern über den Wechsel in der Haltung der Regierung aus. Man greift hier mit rauher Hand in das Empfinden weiter Volkskreise ein. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Das Verlangen nach der Feuerbestattung ist gar nicht aus dem Volke herausgekommen, sondern es ist die Folge der Propaganda der Vereine für Feuerbestattung und der Freidenker. Der falsche Ausdruck „Feuerbestattung" ist nur gewählt, weil man nicht den unangenehmen aber richtigen Ausdruck „Leichenverbrennung" gebrauchen will. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Schmitt-Düsseldorf (Zentr.): Wir lehnen den Gesetzentwurf ab und bedauern seine Einbringung, weil wir in der Leichenverbrennung einen Verstoß gegen das Christentum sehen. Die christliche Kirche kann die Leichenverbrennung nicht billigen. (Abg. Hoffmann: Sie haben die Lebendigen verbrannt! Heiterkeit.) Tod und Verwesung betrachtet die katholische Kirche als göttliche Strafen und die Leichenverbrennung würde einen Eingriff in diese Lehre bedeuten. Wir sehen in der Vorlage die Legitimierung des Kampfes gegen das Christentum und lehnen sie deshalb ab. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Lieber (natl.): Meine Freunde akzeptieren die Vorlage mit der Begründung der Regierung.

Abg. Dr. Schreck (freikons.): Aus christlichem Empfinden heraus fällt es einem Teil meiner Freunde sehr schwer, der Vorlage zuzustimmen, wir werden ihr aber zustimmen, um den Wünschen weiter Kreise Rechnung zu tragen, wenn auch mit schwerem Herzen.

Abg. Dr. Pachnicke (Vpt.) bestreitet, daß religiöse oder konfessionelle Gründe ernstlich gegen die Feuerbestattung sprechen könnten. Es handele sich hier höchstens um Fragen der Sitte. Der Redner tritt namens seiner Freunde warm für die Vorlage ein.

Abg. Dr. Mizerski (Pole) lehnt die Vorlage von dem christlichen Standpunkte aus ab, auf den die polnische Bevölkerung stehe.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Das Gesetz ist so geworden, wie wir es in Preußen zu erwarten hatten. Es ist mit so vielen Kautelen behaftet, daß es einem Freund der Feuerbestattung schwer wird, sein Bedauern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110324-16/fragment/page=0005

darüber auszusprechen, wenn diese Vorlage nicht gesetz würde. Wir haben in Deutschland 13 Staaten, wo die Feuerbestattung besteht. Da würde es vielleicht, um eine Einheit zu schaffen, besser sein, wenn

ein Reichsgesetz die Frage regelt,

um endlich einmal mit den unglaublichen Zuständen aufzuräumen, die im Bestattungswesen in Deutschland bestehen. Die konservative Partei und ihre Presse hat ja besonders ihr schmerzliches Bedauern darüber ausgesprochen, daß diese Vorlage überhaupt gekommen ist. Ich meine, **es hat lange genug gedauert.** Schon im Jahre 1856 kam an das Abgeordnetenhaus die erste Petition um Zulassung der Feuerbestattung und seitdem sind diese Wünsche Jahr für Jahr wieder an das Haus herangetreten. Ich will mich nicht auf dem Standpunkt derjenigen stellen, die die Feuerbestattung nun in den „Himmel" erheben und glauben, daß aus der Asche ein Phönix emporsteigt. Ich will auch nicht wie seinerzeit der freisinnige Pastor Schall die Krematorien mit Backöfen und die Feuerbestattung mit Rieselfeldern begleichen. Wir stehen der ganzen Frage sehr objektiv gegenüber. In den Kreisen meiner Freunde gibt es Freidenker, die für die Erdbestattung sind und Christen, die die Feuerbestattung bevorzugen. **Ich persönlich bin allerdings für die Feuerbestattung,** wenn ich auch keinem der hier bekämpften Feuerbestattungsvereinen angehören.

Wenn Abg. Dr. Schmitt bestritt, daß bei der Ausgrabung von Leichen so üble gesundheitsschädliche Ausdünstungen vorkämen, so kann ich das aus meiner persönlichen Erfahrung als Kirchhofsinspektor der freireligiösen Gemeinde bestreiten, denn ich habe zwei solcher Ausgrabungen beigewohnt, bei denen der Geruch so entsetzlich war, daß wir auch zu den höchsten Preisen kaum Arbeiter dazu bekommen konnten. Nachdem selbst Spanien die Feuerbestattung zugelassen hat, sollten doch auch die Katholiken Preußens ihren Widerstand dagegen aufgeben. Sie schädigen sich selbst damit, wenn ihre Geistlichen an solchen Verbrennungen nicht teilnehmen. Das Volk wird sich dann daran gewöhnen, daß es auch ohne die Beteiligung der Geistlichen geht. Daß die Friedhöfe in der Nähe menschlicher Wohnungen gesundheitsgefährlich werden können, hat eine Autorität wie Rudolf Virchow anerkannt. **Es ist festgestellt, daß Cholerakeime noch nach 21 und 28 Tagen bei ausgegrabenen Leichen lebensfähig waren, Milzbrandbazillen sogar noch nach 337 Tagen.**

Die Leichenverbrennung braucht auch keineswegs ein Privileg der Besitzenden zu bleiben. Es ist nachgewiesen, daß die Verbrennungskosten nur 6—8 Mk. betragen brauchen. Einige Paragraphen der Vorlage sind so reaktionär, wie es nur in Preußen möglich ist. So bestimmt der § 6, daß die Aschenreste der verbrannten Leichen entweder in der Urnenhalle oder an einem anderen behördlich gestatteten Bestattungsraum beigesetzt werden. Das steht im Widerspruch zu den Gesetzen der übrigen deutschen Bundesstaaten und würde sich sehr einfach umgehen lassen, wenn man die Leichenverbrennung in einem anderen Staat ausüben läßt. Man sollte **es doch den einzelnen überlassen, ob sie die Urnen in ihrem Heim oder anderswo aufbewahren wollen. Muß denn die Bevormundung des Staates den Bürgern gegenüber bis über den Tod hinausgehen, muß denn überall bekreditert und reglementiert werden? Dann heißt es im § 7, die Verbrennung wird nur gestattet, wenn der Verstorbene sie bei Lebzeiten selbst angeordnet hat. Auch hier sollte man sagen, daß sie zulässig ist, wenn nicht der Verstorbene ausdrücklich vorher das Gegenteil bestimmt hat.** Den Eltern muß das Recht gegeben werden, jedenfalls für die Kinder unter 14 Jahren die Bestattungsart zu bestimmen. Im allgemeinen sollte das Alter für die Selbstbestimmung der Bestattungsart eher herab als hinaufgesetzt werden. Unsere Zustimmung oder Ablehnung machen wir davon abhängig, wie das Gesetz aus der Kommission herauskommt. Wir werden uns dann entscheiden, ob wir nicht es besser ablehnen und dadurch das Reichsgesetz, das ja doch kommen muß, herbeiführen. Es dreht sich ja nicht mehr um die Frage, ob die Feuerbestattung in Preußen gestattet ist. Daß sie in Preußen nicht verboten ist, ist ja vom höchsten preußischen Gericht anerkannt worden. Wollen sie also ein solches Gesetz nicht machen, so hoffen wir auf das Reichsgesetz. Das wird hoffentlich anders aussehen. (Bravo! b. d. Soz.)

Nach weiteren unwesentlichen Bemerkungen geht die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Dritte Lesung des Etats.)

Schluß 4¾ Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 23. März 1911

Schwere Beschuldigungen

gegen die Hallesche Straßenbahn-Aktiengesellschaft

hat am Montag, wie wir der bürgerlichen Presse entnehmen, in der Generalversammlung der Gesellschaft der Magistrat erhoben. Die Straßenbahn ist bekanntlich am 1. Januar dieses Jahres von der Stadt gegen Zahlung einer Summe von rund 2¼ Millionen Mark übernommen worden. Die Gesellschaft Hallesche Straßenbahn A.-G. hat somit aufgehört zu bestehen, und die Versammlung am Montag war die letzte ordentliche Generalversammlung vor der Auflösung. Nur ganz nebenbei sei erwähnt, daß der vorliegende Geschäftsbericht eine Bilanz von 527 981,84 Mk. Einnahmen, 353 627,15 Mk. Gesamtausgaben, mithin einen Ueberschuß von 144 354,69 Mk. ergab. Der Aufsichtsrat schlug die Verteilung einer Dividende von 5¾ Proz. vor, was später von der Generalversammlung auch akzeptiert wurde. Unter den beantragten üblichen Rückstellungen befindet sich auch der sogenannte Erneuerungsfonds, für den ganze 46 000 Mk. angesetzt waren. Im Namen des Magistrats als Aktionär (die Stadt ist mit 26 Stimmen auf der Generalversammlung vertreten) erhob Bürgermeister v. Holly Einspruch gegen die Vorschläge des Aufsichtsrats und insbesondere bemängelte er, daß die Summe von 46 000 Mk., die man dem Erneuerungsfonds zuweisen wolle, viel zu niedrig und bei weitem nicht ausreichend sei. Seit dem Jahre 1906 habe der Erneuerungsfonds für Gleisanlagen und Wagenmaterial niemals mehr betragen als 46 000 Mk. jährlich, und es sei ihm völlig unverständlich, wie man mit einer so geringen Summe habe auskommen können. Mindestens die doppelten Rücklagen hätten gemacht werden müssen, um die Anlagen in gutem Stand zu erhalten. **Der Fonds sei künstlich niedergehalten worden, nur um die Verteilung einer Dividende zu ermöglichen.** Nach den gesetzlichen Vorschriften aber sei der Erneuerungsfonds so hoch zu bemessen, daß dadurch auch die Abnutzung tatsächlich gedeckt werde; eine fixierte Mittelsumme festzusetzen, sei ein ganz willkürliches Verfahren. Das Beispiel anderer Städte lehre, daß mit einem so niedrigen Ansatz gar nicht auszukommen sei. So betrage das Erneuerungsfondskonto z. B. in Erfurt 293000, in Stettin gar 400000 Mark, bei der Halleschen Straßenbahn aber seien hierfür nur 132400 Mk. in Ansatz gebracht. Die Kraftstation könne man doch unmöglich als neu bezeichnen. Man brauche sich deshalb unter solchen Umständen auch gar nicht zu verwundern, wenn **die ganze Anlage der Halleschen Straßenbahn verwildert aussehe. Die Gleise befänden sich in einem schlechten Zustande. Die Eisenbahndirektion habe deshalb noch vor Kaufabschluß die Stadt wiederholt aufgefordert, an eine Erneuerung der Gleise heranzutreten, da der jetzige Zustand eine Belästigung für die Anwohner bildet.** Allein für Erneuerung der Gleise müsse die Stadt in diesem Jahre **65 000 Mk.** aufbringen, und auch die Wagen müßten vielfach **durch neue ersetzt werden und schon in der nächsten Zeit mache sich für Erneuerung des Wagenmaterials eine Summe von mindestens 75 000 Mark notwendig!** Wäre die Gesellschaft nach dieser Richtung hin ihren Verpflichtungen gewissenhaft nachgekommen, so hätte sie eigentlich jährlich **116 000 Mk.** bereitstellen müssen. Sollte sich die Generalversammlung nicht dazu verstehen, die Abstimmung zu vertagen und das Urteil eines Unparteiischen zu hören, so müsse er im Namen der Stadt Halle den Einspruch gegen den Beschluß der Generalversammlung zu Protokoll geben.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Halleschen Straßenbahn, Geheimrat Lehmann, wandte sich gegen den Antrag des Bürgermeisters, und empfahl dessen Ablehnung. Unter Berufung auf den Erneuerungsfonds der Halle-Hettstedter Bahn, der nur 45 000 Mk. betrage, versuchte er zu beweisen, daß der bei der Halleschen Straßenbahn vorgesehene Fonds hoch genug gewesen sei. Würde die Stadt mit ihrem Protest Erfolg haben, so müsse eben die ausgezahlte Dividende am Aktienkapital gekürzt werden.

Gegen die 26 Stimmen der Stadt Halle, wurde der Vertagungsantrag abgelehnt und die vom Aufsichtsrat der Gesellschaft aufgestellte Bilanz und die von ihm vorgeschlagene Verteilung des Reingewinns genehmigt.

Aus den Beschuldigungen des Bürgermeisters v. Holly — und es besteht nicht der geringste Grund, sie für übertrieben zu halten! — ergibt sich jedenfalls mit Sicherheit das eine, daß die Straßenbahngesellschaft — um uns milde auszudrücken — es ausgezeichnet verstanden hat, bei Uebergabe der Straßenbahn der Stadt auch gleich eine anständige Wucht neuer Lasten und Verpflichtungen aufzuwälzen, die die Herren Aktionäre nicht zu erfüllen für — klüger hielten! **Die Oeffentlichkeit, die steuerzahlenden Bürger, haben ein unbedingtes Interesse daran, zu erfahren, inwieweit hier auch dem Magistrat eine Schuld trifft, indem man bei der Uebernahme der Bahn nicht bereits diese lieblichen Zustände entsprechend berücksichtigt hat. Denn die Steuerzahler sind hier doch in erster Linie der leidende Teil,** der mit seinem Gelde für die nun der Stadt entstehenden Mehrausgaben aufzukommen hat! Wenn schon der Bürgermeister v. Holly so scharfe Worte der Kritik findet, dann kann man sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, wie die Hallesche Straßenbahn in den letzten Jahren im Hinblick darauf, daß die Bahn bald in die Hände der Stadt überging, gewirtschaftet haben mag! Die Kosten dafür hat jetzt die Stadt zu zahlen, die zu der 2¼ Million noch, gering gerechnet, 15 000 Mark aufbringen kann, um den Straßenbahnbetrieb wieder einigermaßen auf die Höhe zu bringen.

Die Vorgänge sind aber zugleich auch ein Musterbeispiel für die kapitalistische Wirtschaftsweise überhaupt. Die Jagd nach der Dividende, nach dem Profit, ist ihr oberster und „vornehmster" Grundsatz, der alles beherrscht und dem sich alles wie einem Gesetz unterzuordnen hat. Und wie entrüstet tun dann nicht diese Profitjäger, wenn es jemand wagt, in ihre „Gemeinnützigkeit" und ihren „Patriotismus" auch nur den geringsten Zweifel zu setzen! Indessen sprechen die Tatsachen eine viel zu deutliche Sprache und sind eindringliche Lehren genug, als daß wir über die Dinge noch viel Worte zu verlieren brauchen. — Jedenfalls aber dürfte in der Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Zur Aussperrung im Steinsetzergewerbe

schreibt man uns: Nachdem sich schon ein Teil unorganisierte Unternehmer mit der Steinsetzerorganisation verständigt, sehen sich nun auch schon organisierte veranlaßt, sich mit ihren Arbeitern zu einigen und die Forderungen des Steinsetzerverbandes unterschriftlich anzuerkennen. **Daß noch mehr folgen werden, dafür sorgen schon die Verhältnisse.** Hätten die Oberscharfmacher ihren Kollegen die Aussperrung nicht so süß vorgeschwätzt, hätte man nicht gesagt, daß sie in einigen Tagen — zugunsten der armen Unternehmer natürlich — beendet sein werde, dann hätten eben diese leichtgläubigen Herren den Sirenenklängen keine Folge geleistet. Doch so? Nun sitzen die Verführten in der Patsche und wissen nicht, wie sie wieder herauskommen sollen. Die Arbeit drängt und man muß gewärtig sein, die bösen Ausgesperrten führen die Arbeit selbst aus, und dann ginge ja der Profit zum Teufel! Es könnte ja auch gleichzeitig wieder einmal der Beweis gebracht werden, daß es sehr gut ohne „Meister" geht.

Am Gas- und Wasserwerk werden die Arbeiten ja auch unter Ausschaltung der Unternehmer ausgeführt. Der Unternehmer Steinbach, der sich allem Anschein nach aus der Arbeit nichts macht, hat die Ausführung der Arbeit abgelehnt. Daß die Verwaltung des Wasserwerkes die Arbeiten von den Arbeitern direkt herstellen läßt, ist nur zu begrüßen. Wenn sie die Leute dagegen den Tag elf Stunden und womöglich noch länger arbeiten läßt, so muß das schon gerügt werden. Wenn die Arbeit dringend ist, dann soll man doch zur Fertigstellung die Ausgesperrten mit benutzen, also solche Leute, die gern arbeiten wollen, von den Unternehmern aber daran gehindert werden.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine vom Sozialen Ausschuß auf gestern, Mittwoch, abend nach den Kaiserfällen einberufene gut besuchte Versammlung. Ueber ihren Verlauf erhalten wir folgenden Bericht: Als Redner war ein Herr Martin Vorholz aus Leipzig erschienen, der in einstündigen Ausführungen die Notwendigkeit der vollständigen Sonntagsruhe begründete. Man konnte seinen Darlegungen zum weitaus größten Teile beipflichten. Sehr verdächtig war indes z. B., daß er sagte, die Forderung müsse nunmehr deshalb durchgeführt werden, weil sie von „nationalen Männern" erhoben werde. (!) So! Und warum sollte sie nicht durchgeführt werden, solange sie von den Sozialdemokraten erhoben würde? . . .

Nach dem Referenten sprach Arbeitersekretär Gen. Kleeis. Er legte dar, daß schon im Jahre 1892 bei der Beratung des Sonntagsruhegesetzes im Reichstag die politische Vertretung der Arbeiterschaft die Interessen der Handlungsgehilfen energisch vertreten habe. Bebel habe eine Anzahl Verbesserungsanträge zum Regierungsentwurf gestellt. Auch inzwischen haben die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie alles getan, um die gänzliche Sonntagsruhe einzuführen. Der der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossene Zentralverband der Handlungsgehilfen habe auch in Halle seit Jahren schon wiederholt Eingaben an die städtische Vertretung gerichtet, die Sonntagsruhe einzuführen. Der Zentralverband habe auch in größeren Städten Ueberwachungskommissionen eingeführt, die darauf sehen, daß die jetzigen, wenn auch kärglichen Einrichtungen nicht nur auf dem Papier stehen. Die Sozialdemokratie fordern auch Handelsinspektionen (ähnlich der Gewerbeinspektionen). Wenn Referent seine Mahnung habe dahin ausklingen lassen: „Kauft nicht am Sonntag!" so müsse er, Redner, sagen: „Wählt Männer in die gesetzgebenden Stellen, die soziales Verständnis besitzen!" Kleeis legt sodann noch dar, wie Leute wie die Antisemiten Bruhn und Schad sich im Reichstag verräterisch in der Frage der Sonntagsruhe benommen haben. Auch die Handlungsgehilfenvertreter im Kaufmannsgericht in Halle haben sich vor wenigen Jahren gutachtlich noch gegen die vollständige Sonntagsruhe ausgesprochen.

Hierauf sprach Gen. Kühn vom Zentralverband der Handlungsgehilfen. Er verwies auf das Mittel der passiven Resistenz und des Streiks. (Man sah, wie manchem „nationalen" Jüngling ein Gruseln ankam.) Von den weiteren Rednern sei der Pastor Meinhof erwähnt. Nicht Radikalismus — so führte er aus — führe zum Ziel, sondern Besonnenheit und Nachsicht. Wenn der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband noch nichts erreicht habe, so deshalb, weil er im Grunde sozialdemokratischer Bestrebungen stehe. — Man sieht hier, was ein Pfarrer mitunter von sozialen Fragen versteht. Die Kirche hat mit ihrer „Besonnenheit" noch nicht einmal in 2000 Jahren vermocht, die Sonntagsruhe einzuführen. Die Triebkraft der sozialen Geschehnisse ist eben nicht die „christliche Nächstenliebe", sondern der Kampf ums Dasein. In diesem Kampfe siegt, wer die stärksten Mittel besitzt und anwendet.

Verlief bis hierher die Versammlung in Ton usw. ruhig und anständig, so änderte sich plötzlich die Situation, als der Referent das Schlußwort sprach. Ganz ohne Anlaß ließ er eine wüste Schimpferei auf die Sozialdemokratie los. Hatte er in seinem Referat die Konsumvereine gelobt, weil sie die vollständige Sonntagsruhe durchführten, so entdeckte er auf einmal, daß die Sozialdemokratie nicht den Willen hätte, diese Ruhe durchzuführen, weil — sie viele Konsumvereine nicht haben. Darauf ist zu erwidern, daß nur ein ganz kleiner Teil der Konsumvereine die Sonntagsruhe nicht hat und dieser kleine Teil bürgerliche Konsumvereine sind. Die Sozialdemokratie — so fuhr Redner fort — habe auch gegen das „Sonntagsruhegesetz" im Reichstag gestimmt. Das mag sein, es kommt aber nur daher, daß die fragliche Aenderung der Gewerbeordnung mit einer Menge anderer Dinge verbrämt war und die bürgerlichen Parteien alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie abgelehnt hatten. Das Gesetz ging der Sozialdemokratie eben nicht weit genug. Redner schrie sodann u. a. mit seinem hohlen Pathos in den Saal: „Ich schenke der Sozialdemokratie nicht fur 5 Pf. Vertrauen." Das wagt ein Mann, der im selben Atemzuge das Publikum (das doch im Uebermaß aus Arbeitern besteht) auffordert, den „nationalen" Handlungsgehilfen zu helfen! Ob er damit seiner Sache dient, ist wohl fraglich. Nach dieser Hetzrede meldete sich Genosse Kleeis nochmals zum Wort, erhielt es aber nicht. Das ist der „nationale" „Mut", ohne Grund im Schlußwort zu schimpfen, **weil man weiß, daß darauf nicht mehr geantwortet werden kann. — Man tut eigentlich am allerbesten, diese nationalen Radaumacher ganz unter sich zu lassen und sich mit Schiller zu trösten: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.**

Noch ein Polizeiirrtum.

Die Brothändlerin Luise Trümpler von hier hatte durch den Polizeibeamten Bruck eine Strafverfügung erhalten, weil sie einer Polizeiverordnung zuwider am Morgen des 7. Februar von 7½ bis 8½ Uhr ihren Geschäftswagen unbespannt in der Pestalozzistraße sollte stehen haben lassen. Als die Strafverfügung kam, waren sowohl die „Bestrafte", wie ihre Verkäuferin, als auch der Brotkutscher erstaunt darüber, daß der Wagen da eine volle Stunde gestanden haben sollte, obwohl der Wagen erst nach 8 Uhr dort angefahren war und dort nur eine ¼ Stunde gestanden hatte. Frau Trümpler beantragte gerichtliche Entscheidung und erklärte vor Gericht, es sei gänzlich ausgeschlossen, daß der Wagen dort so lange gestanden habe. Der Kutscher sei mit dem Wagen, wie das regelmäßig täglich seit vielen Jahren geschehe, erst um etwa ½8 Uhr von dem Bahnhof weggefahren und könne, wie jeden Morgen erst einige Minuten nach acht Uhr in der Pestalozzistraße eingetroffen sein. Nach dem Eintreffen des Wagens bringe der Kutscher das Pferd in den Stall, reinige sich schnell die Hände, lade mit der Verkäuferin die Brote um und fahre dann wieder ab. So sei es auch am Morgen des 7. Februar gewesen. Der Polizeibeamte müsse sich unbedingt geirrt haben. Der Polizeibeamte bekundete unter seinem Eide, daß der Wagen, wie er angezeigt habe, von ½8 bis ½9 Uhr unbespannt dagestanden habe. Die Verkäuferin, sowie der Kutscher beschworen das Gegenteil und bestätigten damit die Angabe der Brothändlerin. Der Beamte hielt trotzdem seine Angaben aufrecht. Der Amtsanwalt war der Meinung, die Widersprüche der Zeugen wären auf Uhren-

Gardinen Tischdecken Bettdecken Teppiche Portieren in grosser Auswahl und zu billigsten Preisen empfiehlt **M. Schneider** Leipzigerstr. 94. 5% Rabatt auf alle Waren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110324-16/fragment/page=0006

differenzen der Verkäuferin und des Kutschers zurückzuführen. Es sei gegen die Händlerin eine Geldstrafe von 2 Mk. zu beantragen. — Das Gericht sprach die Angeklagte aber auf Grund der durchaus glaubwürdig erscheinenden Aussagen der Zivilzeugen frei und legte der Staatskasse die Kosten zur Last. Bei den widersprechenden Aussagen habe wie geschehen erkannt werden müssen, hieß es in der Urteilsbegründung.

Es scheint, als ob seit dem Moabiter Prozeß die Polizisteneide auch am Gericht im Kurs gefallen wären.

---

* **Der Rosenkavalier**, für den die Leitung des Stadttheaters eine Reklame ins Werk setzt, als ob es sich um ein hervorragendes Kunstwerk und nicht um eine ausgemachte Sensationsoper handelte, hat in Halle bereits eine kleine B[illegible]hnenrevolution angestiftet. Und das kam, wie der Generalanzeiger berichtet, so: Die Proben zum Rosenkavalier waren schon mehrere Wochen im Gange, als die Direktion auf die Idee verfiel, die Premiere mit dem Solopersonal der Dresdner Hofoper zu geben, das bekanntlich auf Grund von vertraglichen Abmachungen zwischen Richard Strauß und der Direktion der Dresdner Hofoper auf die Straußschen Opern im allgemeinen und den Rosenkavalier im besondern gut eingedrillt ist. Es ist klar, daß die Künstlerschaft der Halleschen Bühne von dieser Mitteilung nicht besonders angenehm berührt wurde und in eine durchaus berechtigte Aufregung geriet. Zwei Mitglieder des Opernpersonals, Albine Nagel und Franz Schwarz, zogen die weitestgehenden Konsequenzen und suchten um ihre Entlassung nach. Dem Ersuchen Albine Nagels soll stattgegeben worden sein, nicht aber dem des Kammersängers Schwarz. So sehr wir den Weggang der geschätzten Künstlerin als einen Verlust für die Oper bedauern, so erfüllt es uns doch andererseits auch wieder mit Genugtuung, feststellen zu können, daß es auch noch Bühnenangestellte gibt, die Rückgrat haben und ihre Rechte als Mensch und Künstler (und sei es auch nur aus verletztem künstlerischen Ehrgeiz!) mannhaft verteidigen. Jene wunderbare „Ergebenheits"adresse an Direktor Richards vom 1. Februar dieses Jahres, in ihrer Art ein klassisches Dokument für die Charaktergröße und das Selbstbewußtsein mancher Bühnensklaven, ließ einem fast an dieser Tatsache zweifeln.

* **Das Wiener Künstlerorchester** gab am Mittwoch im Volkspark vor seinem Abschied aus Halle (es hat hier wahrlich keine Seide gesponnen!) noch ein flottes Konzert. Hier fand Joh. Autherieb, der tüchtige und liebenswürdige Dirigent, mit seinem trefflich geschulten Orchester, die Anerkennung, die er bei dem kunstverständigen bürgerlichen Publikum vergeblich gesucht hatte. Und so spielte die Kapelle denn auch sichtlich mit Freude und Liebe, und Joh. Autherieb zeigte sich für den guten Besuch und die Aufmerksamkeit des Publikums durch eine Reihe von Zugaben sehr freigebig und dankbar. — Das reichhaltige Programm, daß wir uns etwas anders gewünscht hätten, verzeichnete neben der Tell-Ouvertüre von Rossini, einer Phantasie von Gounod und der Reymond-Ouvertüre von Thomas in der Hauptsache echte Wiener Musik, das eigentliche Element der Kapelle. Es hieße jedoch, die Leistungen des Orchesters nicht objektiv und gerecht würdigen, wenn wir vergäßen zu erwähnen, daß sowohl die beiden genannten Ouvertüren, wie auch die Gounodsche Phant[illegible]e eindrucksvoll und mit großem künstlerischem Verständnis wiedergegeben wurden. Unermüdlich und bereitwillig wie die Kapelle im Spiel, war auch das Publikum im Beifallsklatschen. Der Beifall kam aus dem Herzen und wurde in dem Bewußtsein gespendet, vorzügliche Musik zu hören und einen angenehmen Abend verlebt zu haben.

* **Die Jugendweihe des Freidenkervereins findet, wie bereits mehrfach gemeldet, am Sonntag, den 26. März, nachmittags 3½ Uhr, im Volkspark statt. Es sind bis jetzt 68 Kinder gemeldet. Die Feier wird sich wie folgt abwickeln: 2½ Uhr photographische Aufnahme zur Anfertigung eines Gruppenbildes; die Kinder müssen zu diesem Zweck bereits um 2 Uhr im Volkspark eintreffen. Um 3½ Uhr beginnt dann die eigentliche Feier.**

* **Die Elternsprechstunde im Statistischen Amt** der Stadt Halle, Stadthaus, Eingang Schmeerstraße, 3. Stock, findet jeden Dienstag und Freitag nachmittag von 5—6 Uhr statt. Es wird kostenlos Auskunft gegeben an Unternehmer und Stellensuchende über die wichtigsten Berufsfragen, über die Vorbildungen und sonstigen Bedingungen dazu, über die Aussichten in den einzelnen Berufsarten und die Frage der Berufswahl überhaupt.

* **Stadttheater.** Freitag zum letzten Male Königskinder. Sonnabend einmaliges Gastspiel von Alexander Moissi vom Deutschen Theater in Berlin. Der Künstler spielt hier zum ersten Male den Franz Moor in Schillers Räuber, eine seiner bedeutendsten Rollen. Vorbestellungen zu gewöhnlichen Opernpreisen nimmt die Theaterkasse entgegen. Sonntag abend wird Der Zigeunerbaron in der neuen musikalischen und szenischen Einstudierung durch Geheimrat Richards und Kapellmeister Mörike wiederholt. Die Saffi singt diesmal Frau von Boer, den Barinskay Herr Göbel und die Arsena Frl. Hausmann.

Auf die Rosenkavalier-Premiere am Freitag, den 31. cr., sei nochmals hingewiesen. Der Vorverkauf hat sehr stark eingesetzt, und ist es vor allen Dingen sehr ratsam, schon jetzt die Billetts zu besorgen, weil nur damit der freie Eintritt zu dem Sonntag vormittag 11½ Uhr stattfindenden erläuternden Vortrag von Herrn Dr. Leopold Schmidt gestattet ist.

* **Zirkus Hartlé wird unwiderruflich nur noch bis Montag, den 27. März, in Halle verweilen.** Heute abend 8¼ Uhr großer Dressur-Novitäten-Abend, morgen, Freitag, abend 8¼ Uhr großer Clown- und Komiker-Abend.

* **Von einem Stadtbahnwagen überfahren und getötet** wurde am Mittwoch das 3½jährige Söhnchen des Lokomotivheizers Zimmermann in der Torstraße 18. Der Kleine soll in eiligem Laufe aus dem Hofe des elterlichen Hauses, wo er sich mit anderen Kindern im Spiel tummelte, direkt vor die Räder eines vorüberfahrenden Straßenbahnwagens gesprungen sein. Er geriet unter den Wagen und war sofort tot. Es soll nicht die Möglichkeit bestanden haben, den Wagen noch rechtzeitig zum Stillstand zu bringen. — Dieser traurige Vorfall mahnt die Eltern jedenfalls erneut zur Vorsicht, kleine Kinder nicht unbeaufsichtigt auf die Straße zu lassen.

* **Wegen Mordversuchs unter Anklage** gestellt werden, wird der Handlungsgehilfe Ertel, der am Montag abend in der Niemeyerstraße auf einen Oberkellner und dessen Braut zwei scharfe Revolverschüsse abgab. Der törichte junge Mann, der jetzt in Haft sitzt, hat die Tat aus Eifersucht begangen; das junge Mädchen, mit dem er längere Zeit verkehrt, hatte ihre Liebe dem Oberkellner zugewandt.

* **In Leipzig aufgefunden** hat man den seit dem 1. März aus Halle verschwundenen Kaufmann K. Er war mit dem Zuge bis Schlettau gefahren, dort ausgestiegen und planlos umhergeirrt. In Leipzig wurde der geistesgestörte Kaufmann in ein Krankenhaus aufgenommen

* **Erschossen** hat sich am Mittwoch ein 71jähriger „Privatmann", dessen Name schamhaft verschwiegen wird, in seiner Wohnung. — Seinem Leben ein Ende gemacht hat gleichfalls der Mitinhaber einer Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik, ein Kaufmann B. Ueber das Motiv dieses Selbstmordes sollen allerlei „Gerüchte" in der Stadt zirkulieren. Welcher Art diese „Gerüchte" sind oder ob sie überhaupt eine Grundlage haben, wird nicht berichtet.

Nietleben. Der Streit in der hiesigen Zementfabrik Saale dauert unverändert fort. Das Nachfragen nach Arbeit ist zu unterlassen, sowie jedes Arbeitsangebot zurückzuweisen.

Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Halle.

Nietleben. Rücksichtsloser Fahrer. Der Bäckergeselle Werner fuhr eines Tages im eiligen Tempo von dem Bahnhof weg und riß eine Arbeiterfrau um. Die Pferde und auch der Wagen gingen über die Frau weg und brachten ihr erhebliche Verletzungen bei. Als der Bäckergeselle das Unglück sah, jagte er mit seinem Geschirr eiligst davon. Werner wurde aber schließlich als Täter ermittelt und wegen fahrlässiger Körperverletzung vor dem Schöffengericht Halle unter Anklage gestellt. Es wurde eine Geldstrafe von 200 Mk. beantragt. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 60 Mk., ev. 12 Tagen Gefängnis und außerdem wurde der Frau eine Buße von 75 Mk. zugesprochen.

Lettin. Eine Versammlung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins findet Sonntag, den 26. März, nachmittags pünktlich um 3 Uhr im Gasthaus zur Erholung in Lettin statt. Da sehr wichtige Punkte erledigt werden sollen, so ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht.

Die Distriktsleitung.

Ammendorf. Eine öffentliche Versammlung findet am Freitag, den 24. März, abends 8½ Uhr, im Dreierhaus in Osendorf statt. Das Referat wird die Genossin Rühle-Halle, halten. Die Distriktsleitung ersucht die Genossen, fleißig für die Versammlung — namentlich unter den Frauen! — zu agitieren und für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

Osendorf. Als Verbandsfeind stellte sich in der letzten Schöffengerichtssitzung in Halle der polnische Bergmann Antonzcik vor, der beschuldigt wurde, eines Abends einen Bergmann von hier mit einem Revolver mißhandelt zu haben. Um seine Roheit in einem möglichst milden Lichte erscheinen zu lassen, erklärte er, er sei von den Bergleuten erst insultiert und nur deshalb gereizt worden, weil er sich dem Bergarbeiterverband nicht anschließen wollte. Wie wir in der letzten Zeit wiederholt dargelegt haben, wird der Trick — sich als möglichst reichstreuer und braver Untertan im Gericht hinzustellen, wenn man etwas verbrochen hat — jetzt sehr häufig beliebt. Man glaubt nämlich, ob mit Recht oder Unrecht lassen wir dahingestellt, wenn man der modernen Arbeiterbewegung etwas am Zeuge flickt, dann fliegen einem die „mildernden Umstände" nur so zu. Im vorliegenden Falle mißlang der Trick, denn einwandfreie Zeugen bekundeten, daß von Verbandsangelegenheiten vor seinem Roheitsexzeß gar keine Rede gewesen ist. Im Gegenteil, der Angeklagte habe die Bergleute zuerst „verdammte, deutsche Hunde" geschimpft, worauf sie dann allerdings mit den Worten: „Du dummer Polacke" entgegnet hatten. Nach dem vorliegenden ärztlichen Attest hatte der verletzte Bergmann drei Hautwunden auf dem Kopfe erhalten und starken Blutverlust erlitten. Der Amtsanwalt beantragte für den Rohling zwei Monate Gefängnis und die Einziehung des Revolvers. Das Urteil lautete auf 50 Mk. Geldstrafe ev. zehn Tage Gefängnis.

Aus den Nachbarkreisen.

Ein ehemaliger Polizist als Schwindler tätig?

Schon oft ist im Volksblatt auf das nachdrücklichste vor sogenannten Chauffeurschulen gewarnt worden. Es ist ferner **wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die jungen Leute, welche sich einer solchen „Schule anvertrauen, recht vorsichtig sein müssen, schon deshalb, weil dieser neue Beruf ebenfalls schon sehr überfüllt und die Erlangung eines vorgeschriebenen Fahrzeugnisses auf diesen Schulen sehr schwierig ist. Welche** trüben Erfahrungen manche Lernbegierige machen können und auf wie einfache Art leichtgläubige Menschen ihr Geld los werden können, darüber berichtet der Lederarbeiter, ein Hirsch-Dunckersches Gewerkschaftsblatt, in seiner Nr. 11 vom 17. März wie folgt:

Ein neuer Schwindel. Durch ein Zeitungsinserat des Ingenieurs Lauer, Autowerke und Chauffeurschule in Merseburg, kam der in einer Gerberei in N. arbeitende Gewerkvereinsgenosse P. auf den Gedanken, Chauffeur zu werden. Er ließ sich den Prospekt von Merseburg schicken und ersah daraus, daß man in der kurzen Zeit von drei Wochen das Autofahren erlernen und Anspruch auf eine gute Stellung haben kann, wenn das Lehrgeld im Betrage von 125 Mk. vorher an Herrn Lauer geschickt wird. Der arglose Vereinskollege, der in dem Wörtchen „vorher" nichts Böses witterte, raffte seine Ersparnisse zusammen, schickte dem Ingenieur die gewünschten 125 Mark und gab seine Arbeitsstelle auf. Er reiste dann nach Merseburg, stellte sich Herrn Lauer persönlich vor, um zunächst die großartigen Autowerke und Fahrschule in Augenschein zu nehmen. Der Ingenieur wurde ungehalten und wies dem Besucher die Tür. Was sollte der Herr auch zeigen, denn er hatte schon den Offenbarungseid geleistet und war gerichtsvollzieherfest eingerichtet. Die schönen 125 Mk. waren weg. Der bestürzte Vereinskollege, der nun erst merkte, daß er einem Betrüger in die Hände gefallen war, wandte sich an den Hausverwalter, an die Polizei und an den Staatsanwalt, fand aber keinen Beistand. Er erfuhr hierbei das wenig Tröstliche, daß Herr Lauer kein Ingenieur sei und schon mehrere Hundert Lernbegierige ins Garn gelockt habe, von denen aber nur wenige die Prüfung als Chauffeure bestanden hätten. Lauer soll ursprünglich in Düsseldorf Schutzmann (!) gewesen sein und schon in anderen Städten, zuletzt in Halle, solche Schwindeleien gemacht haben. Die Polizei in Merseburg sammelt Material, um gegen den Schwindler strafrechtlich vorgehen zu können."

Ist die Meldung des Blattes zutreffend, dann ist die Haltung der von dem Geschädigten angerufenen Behörden unbegreiflich. Der Chauffeurschulenleiter war also früher Polizist, er weiß also, daß Polizei und Staatsanwalt bei Verfolgung von Schwindlern meist nicht so fix sind, als wenn vielleicht ein Streikposten oder Flugblattverteiler der strafenden Gerechtigkeit überantwortet werden soll. Es wäre nur zu wünschen, daß der Mann nicht inzwischen Gelegenheit gefunden hat, zu verduften, bis die Polizei mit dem Sammeln von Material fertig ist. Welcher Art die Ausbildung in der Lauerschen Schule sein mag, geht schon daraus hervor, daß die angehenden Chauffeure längere Zeit auf die Fahrzeugnisse warten und währenddem in anderen Betrieben für billiges Geld arbeiten müssen. Mancher, dem das Lauern zu lange dauerte, ist schon von dannen gezogen, auch weil er den einheimischen Arbeitern nicht zum Lohndrücker werden wollte. Also nochmals: Vorsicht vor Chauffeurschulen.

Eisleben. Zur Steinsetzeraussperrung wird uns von beteiligter Seite folgendes geschrieben: Was es mit der Ausrede der aussperrungswütigen Meister auf sich hat, daß sie nicht in der Lage seien, einige Pfennige Lohnzulage zu bewilligen, lehrt uns folgender Vorgang: Auf der am 8. Februar in Berlin stattgefundenen Tagung des Reichsverbands waren auch einige Meister aus dem jetzigen Aussperrungsbezirk zugegen. In den Rheinischen Weinstuben ging es lustig zu, dralle Damen der Halbwelt schaukelten sich, vom Wein berauscht, auf den Knien alter und junger Steinsetzmeister. Man genoß das Berliner Leben in vollen Zügen. Bei näherem Zusehen wurde festgestellt, daß es dieselben Herren waren, die jetzt der „schlechten Zeiten" wegen den Tarif ablehnen und die Arbeiter aussperren. Es ist mehr als Streik, daß diese Protzen jetzt von ihren Arbeitern den Austritt aus der Organisation fordern. Verständigerweise hat sich hier nur ein einziger Verbändler dazu verstanden, der Organisation den Rücken zu kehren, dem terrorisierenden Unternehmer also zu Willen zu sein. Er scheint sich gar nicht bewußt zu sein, welches Unrecht er damit an der Kollegenschaft verübt, oder ist er der Meinung, daß er sich damit einen sicheren Platz im kapitalistischen Himmel geschaffen hat? Auch in Hettstedt hat ein Arbeitswilliger namens Ruf alle Schranken der Solidarität niedergerissen und ist den Unternehmern beigesprungen. — Es wäre zu wünschen, daß diese zwei schlechten Beispiele keine Nachahmung finden.

Eisleben. Unternehmerroheit und Brutalität. Auf dem Hohentalschacht wurde einem Bergmann kurzerhand gekündigt, weil er beim Empfang des Lohnes sich erdreistete, folgende Aeußerung zu tun: „Wenn Sie noch einigermaßen Gefühl hätten, würden Sie mich mit diesen paar Pfennigen nicht abspeisen können!" Man vergegenwärtige sich die Sachlage: Der Mann, der sieben Kinder zu ernähren hat, verdiente in 27 Schichten 72 Mk., davon wurden ihm abgezogen 30 Mk. Abschlag, 6 Mk. Büchsengeld, für Miete, Mehl u. a., sodaß er am Lohntag die horrende Summe von 14 Mk. ausgezahlt erhielt. Da sind die Worte mehr als begreiflich, aber die Mansfelder Terroisten wollen dergleichen nicht hören. Man wirft den Mann, der 20 Jahre lang für die Kuxenbesitzer geschuftet hat, einfach auf die Straße. In Hettstedt wurde kürzlich ebenfalls ein Bergmann auf Grund schäbiger Denunziation gekündigt. Das Individium, das den Streich vollführte, ist übrigens nicht einmal bei der Gewerkschaft beschäftigt. Dieser Terroismus ist weit schlimmer, als der „sozialdemokratische Straßenterrorismus", von dem ein feiger Anonymus neulich so viel zu erzählen wußte. Wie rücksichtslos die Machthaber die Zügel ihres Hasses schießen lassen, beweist ein neuer Vorgang, der sich in Klostermansfeld abgespielt hat. Dort wurden zwei tüchtige Arbeiter aufs Straßenpflaster geworfen, weil sie ein Vorstandsamt im dortigen Arbeiter-Gesangverein angenommen hatten. — Schmach und Verachtung dem Denunzianten- und Terroristenpack. Doch es kommt die Zeit der Abrechnung.

24.3.11

Sangerhausen. Der Kunstabend, den das Gewerkschaftskartell mit der Partei am Sonnabend arrangiert hatte, war leider nur sehr schwach besucht; es hat also fast den Anschein, als ob die Arbeiter Sangerhausens für wahre, bildende Kunst kein Interesse hätten. Die gewonnenen Kräfte boten ihr bestes. Herr Kapellmeister Sonnabend beherrschte sein Instrument meisterhaft, Fräulein Arendy erfreute durch ihre herrlichen Lieder. Auch die Violinvirtuosin Dora Meyer erwarb sich sofort die Sympathien der Zuhörer. Ohne Uebertreibung darf gesagt werden, daß der Abend mit zu den genußreichsten gehörte und der wackeren Künstlerschar eine allseitige Empfehlung sicher ist.

Sangerhausen. Ein Jugendstreich. **Der 17jährige bei einem hiesigen Fleischermeister beschäftigte Lehrling Sch. machte sich mit einem Puter zu schaffen, sodaß das Tier nach einiger Zeit einging. Die Folge war eine Anklage wegen widernatürlicher Unzucht. Gestern stand nun wegen dieser Angelegenheit vor der** Nordhäuser Strafkammer Termin an. Der Angeklagte gibt die ihm zur Last gelegte Beschuldigung zu. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand endete mit der Verurteilung des Sch. zu 6 Wochen Gefängnis.

Leipzig. Der Eid des Polizisten. Auf den Eid eines Polizisten ist vor einem Jahre ein Schuhmachermeister in Leipzig wegen Gefangenenbefreiung und ruhestörenden Lärms zu sechs Tagen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der Verurteilte erreichte beim Reichsgericht die Aufhebung des Urteils und das Landgericht sprach den Mann nunmehr frei; der „Polizist" hat sich inzwischen der Hehlerei schuldig gemacht und ist nach Amerika verduftet; sein Zeugnis wurde erst jetzt als unglaubhaft angesehen.

Allerlei.

Vom Kriege in den Lüfter

London, 23. März. Auf Verlangen des Kriegsministers wird der Bau eines sich besonders für militärische Zwecke eignenden Aeroplans vorbereitet. Man ist auch gegenwärtig mit dem Studium einer besonderen Art von Bomben beschäftigt, die vom Aeroplan aus mit der Hand geworfen werden können, ohne daß für ihren Träger noch den Aeroplan irgendwelche Rückwirkung eintreten kann. Der Apparat soll in drei Monaten fertiggestellt sein.

Bremen, 23. März. Gestern morgen verunglückte auf dem Neulandsfelder Flugplatz der Aviatiker Müller, als er nach einem kurzen Flug zur Landung schreiten wollte. Infolge ungeschickten Manövrierens stürzte er aus einer Höhe von 8 Metern ab, brach beide Beine und hat sich außerdem noch innere Verletzungen zugezogen. Der Apparat wurde wenig beschädigt, der Motor ist ganz geblieben.

Opfer des Wassermolochs.

M.-Gladbach, 21. März. Das Kommando der Matrosenartillerie in Kiautschau teilt dem hiesigen Friseur Hoeninger mit, daß sein einziger Sohn, welcher als Matrosenartillerist in Tsingtau dient, bei der Explosion eines Geschosses getötet worden sei.

Erstickt.

Danzig, 23. März. Auf dem hiesigen Schleppdampfer Erna erstickten nachts in der Kajüte die Schiffer Adler und Stoch sowie der Maschinenführer Schönhoff. Sie hatten, nachdem sie nachts in Neuenburg auf der Weichsel vor Anker gegangen waren, den Ofen stark geheizt und nicht für Abzug gesorgt.

Syphiliserkrankungen auf einem Gymnasium.

Ein „Zeichen der Zeit" wird aus Hermannstadt gemeldet. Im dortigen Obergymnasium sind auffallend viele Schüler unter Syphiliserscheinungen erkrankt. Der Unterrichtsminister, der sich darüber Bericht erstatten ließ, soll die Relegierung der meisten Erkrankten angeordnet haben.

Kleines Allerlei. Das Eifeldorf Verrescheid bei Schleiden steht in Flammen. Bis jetzt sind neun Wohnhäuser mit Wirtschaftsgebäuden und eine Kapelle niedergebrannt. Infolge des Wassermangels ist das ganze Dorf gefährdet. — Die Polizei in Agram fahndet eifrig nach einer Räuberbande, die sich zu dem Zwecke gebildet hat, aus Amerika zurückkehrende Auswanderer zu ermorden und zu berauben. In Karlstadt wurden abermals drei Leichen von kroatischen Auswanderern aus der Kulpa gezogen. Die Männer sind ermordet und beraubt worden.

Bis zum **1. April** soll der **Restbestand** des

Berndorff'schen Lagers, Geiststr. 42,

zu äusserst billigen Preisen **geräumt** werden.

Es kommen noch zum Verkauf:

Damen- u. Kinderschürzen, Russenkittel, Drucks, Mousseline, Ginghams,

Strohhüte für Kinder, herrliche Sachen, **Herrensocken, Schlipse, Kragen,**

Macco- und Normal-Unterzeuge,

Bettbezüge, Bettdecken,

Tuch- und Waschröcke unter Preis, **Damen- und Kinderstrümpfe.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110324-16/fragment/page=0007

Mir liegt es zunächst daran, daß Sie die hervorragende Qualität kennen lernen. Wer probt, lobt!

Von heute ab **Sommerware!!!**

Wie meinen verehrten Kunden seit Jahren bekannt, wird Knäusels Tafel=Kaiserin — allerfeinster weltberühmter Tafel=Butter=Ersatz, Margarine — im Winter weich und im Sommer fester hergestellt. Die Sommerware wird von heute ab in einer nach jeder Richtung hin auffallend **ganz bedeutend verbesserten Qualität** geliefert, womit selbst der verwöhnteste Feinschmecker zufrieden gestellt wird.

Zur Probe **gratis** für **10 Pfg.** bei Einkauf v. 1 Mandel **Trink-Eier** zu 100 od. 85 Pfg. mit 5% Rabtt.

Sei es für die Tafel oder zum Backen, in allen Kreisen ist die heute weltberühmte Qualität meiner T.=K. beliebt u. wird gern weiter empfohlen.

Ganz besonders empfehle zum Backen, fix und fertig zum Gebrauch gehackt, :: **Knäusels Mandel-Ersatz** 1 Pfd. **65** Pfg. 5% Rab. **Albert Knäusel.**

Verband d. Fabrikarbeiter Dtschl.
Distrikt Halle a. S.

Sonnabend den 25. März abends Punkt 8½ Uhr bei Kautzsch, Martinsberg 6

Mitglieder-Versammlung.

Distrikt Ammendorf.

Sonntag den 26. März nachm. Punkt 3 Uhr im „Dreierhaus" in Osendorf

Mitglieder-Versammlung.

Die Tagesordnung zu beiden Versammlungen ist durch Einladungszettel bekannt gegeben. — Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen

Die Ortsverwaltung.

Herren- u. Knaben-Bekleidung.

Umzugshalber enorme Preis-Ermässigung.

Um in meinem jetzigen Lokale möglichst zu räumen, sind meine sämtlichen Warenbestände, einschliesslich der **Konfirmanden-Anzüge,** ganz **bedeutend** im Preise herabgesetzt.

Moritz Cahn,

Grosse Ulrichstrasse 11.

Eierbecher in **Nickel** und **Porzellan.**

C. F. Ritter G. m. b. H.

Leipzigerstrasse 90.

Schul-Tornister, Tafeln, Federkasten, Rechenmaschinen, Zeichenblocks, Bleistifte, Lesebücher

u. s. w. u. s. w.

zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/43.

Saale-Briketts

sind die besten.

Wer sparen will, kann und darf nur :: SAALE-BRIKETTS kaufen! ::

Ferner empfehle:

Heizkoks für Zentral-Feuerungen

:: :: **Gaskoks, Steinkohle** :: ::

Ia. Ia. Grudekoks

zu billigsten Tagespreisen.

Delitzscherstr. 81 : Fernruf 1439. :

Hallescher Kohlenhof Walter Trolle.

Großartige Auswahl Uhren, Ketten, Ringe, Medaillons, Colliers,

alle Neuheiten, zu **Konfirmandengeschenken** geeignet, empfiehlt

Aug. Heckel

gepr. Uhrmacher, **Steinweg 48.** Tel. 2068.

5% in Rabatt=Sparmarken.

Bitte um Besichtigung der Schaufenster.

Gegen üblen **Mundgeruch**

„**Chlorodont**" vernicht. alle Fäulniserreger im Munde u. zwischen den Zähnen u. bleicht mißfarbene Zähne blendend weiß, ohne dem Schmelz zu schaden. Herrl. erfrisch. im Geschmack. In Tuben, 4—6 Wochen ausreichend. Tube 1 ℳ, Probetube 50 ₰. Erhältl. in Apotheken, Drogerien, Parfümerien. Depots in Halle a. S.:
Hirsch=Apotheke, Markt 17.
Löwen=Apotheke, Am Markt.
Drogerie W. Hoefer, Geiststr. 59.
Neumarkt=Drog., Bernb. Str. 32.
M. Waltsgott Nchf., Gr. Ulrichst. 30.

Geschäfts-Verlegung.

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Mitteilung, daß ich mit heutigem Tage meine

Rind- u. Schweineschlächterei

verbunden mit **ff. Aufschnitt- u. Wurstwaren-Verkauf** nach meinem Grundstück **Oleariusstrasse 13 (am Markt),** nach vollständiger Renovierung, verlegt habe. Für das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen und Wohlwollen sage ich meinen verbindlichsten Dank und bitte, mir dasselbe auch fernerhin in meinem neuen Geschäft gefälligst zu bewahren.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Louis Ackermann.

Fleischhalle, Giebichenstein,

Triftstraße, Neue Post, empfiehlt zur Konfirmation **alle Arten Fleisch,** sowie **hausschlachtene Wurstwaren** in nur **prima Qualität** zu anerkannt **billigsten Preisen.**

Käse Hochfeiner Holsteiner Holländer

10 Pfd. Probe-Postkolli M. 3.40

Bahnsendungen Pfd. „ 0.32

Gerh. J. Voigt, Kiel.

Althee-Bonbon, bestes Bonbon gegen Husten und Heiserkeit, nach alt. Rezept (keine Essenzen) empfiehlt * **Martin Müller, Geiststr. 51.**

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandl.**

Heute Donnerstag **gr. Schlachtefest.**

Empf. frische Blut= u. Leberwurst.

Hermann Nolte, Merseburgerstr. 162. *

Freitag **Schlachtefest.** **Fr. Peters,** Blumentalstr. 27.

Jeden Freitag: **Schlachte-Fest.**

Max Spira, Diemitz. Wilhelm Berndtstraße 1.

Kleidersekretäre, Vertikos

Plüsch= und Stoffsofa, Steg= und Ausziehtische, Stühle, Pfeilerspiegel, Pfeilerschränke, Trumeaux, dauerhafte Bettstellen m. Matratzen, Waschtische mit und ohne Marmorplatte, Küchenmöbel in grau und gelb, alles spottbillig wegen Umzug.

— Transport frei. — *

Max Jungblut, Albrechtstr. 43 (nahe d. Geiststr).

Räumfuhren jeder Art bes. billig **Gustav Weinholz,** Harz 5.

Hüte, Mützen in großer Auswahl, in jeder Preislage.

Friedrich Koch, Leipzigerstraße 73.

Reisekörbe Ia in allen Größen bei bill. Preisen.

B. Rolle, Reilstr.

Freitag **Schlachtefest.** **M. Fromme,** Liebenauerstraße 5.

Emaille-Schmortöpfe hervorragend billig.

C. F. Ritter G. m. b. H. Leipzigerstrasse 90.

Spazierstöcke empfiehlt in neuesten Mustern billigst **Ernst Karras jun.,** 4 Leipzigerstr. 4.

Spitzkugeln (Honigk. mit Schokolade) empf. *

Alb. Hampe, Leipzigerstr. 66. Mitgl. d. Rab.-Sp.-Ver.

Grüner Teppich, Schreibtisch, Kommode, Petroleumkocher für Garten, Blumenetagere billig zu verk. Sophienstr. 19, II.

Arbeitsmarkt

Alsleben.

Zeitungs-Austrägerin wird **gesucht.**

Zu melden bei **Franz Beyer,** Sonnenstr. 18.

Schneiderin nimmt noch Kundschaft an. **Krukenbergstr. 19** part.

Tüchtige Rockschneider Tarif 1 b f. dauernde Beschäftigung **F. Wottawa, Gr. Ulrichstr. 17.**

Fabrikschmied von größerer Dampfziegelei für **dauernde Beschäftigung** sofort gesucht. Bewerber müssen alle **vorkommenden Reparaturen** usw. selbständig ausführen können.

Meldungen im Kontor, **Salzgrafenstraße 1,** am Hallmarkt, neben der Lesehalle.

Wohnungs-Anzeigen

× **Schöne Wohnung** m. Korr., Innenklosett 1. April zu vermieten **Pfännerhöhe 41,** b. Hausmann.*

Hausmanns=Wohnung, Stube, Kammer, Küche und Zubehör, auf gleich oder später zu vermieten. Passend auch für Invaliden. **Dölauerstraße 22.**

Standesamtliche Nachrichten

Halle=Süd (Steinweg 2). 22. März.

Aufgeboten: Kaufmann Hallupp und Marie Keil (Brunoswarte 34 und Steinweg 32). Schmied Reinicke und Luise Heinemann (Bernhardystr. 32 u. Thomasiusstraße 50). Amtsgerichtssekretär Behrens u. Elsa Strödter (Berlin und Südstraße 52). Hilfsbremser Hartung u. Martha Kötel (Jägerplatz 12 u. Mühlberg 2). Schlosser Schmidt und Martha Richter (Bernhardystr. 21 u. Merseburgerstraße 147). Maurer Bandelmann und B. Schmidt (Ammendorf und Halle). Arbeiter Mußtopf und B. Rother (Mücheln und Reinsdorf). Möbelbeizer Heller und M. Maucke (Hainewalde und Althörnitz). Gärtner Naumann und E. Goldhorn (Neugattersleben). Schuhmacher Tänzer u. E. Emmer (Halle a. S. u. Neutz). Kaufmann Feldmann und Klara Gränzer (Magdeburg). Buchbind. Schnabel und Margarete Kuffel (Arnstadt).

Geboren: Bergm. Traue aus Großörner T. (Klinik). Schlosser Helbig S. (Blücherstr. 15). Telegraphenarbeiter Meyer T. (Am Bauhof 8). Fleischermeister Wittig S. (Freiimfelderstr. 84). Friseur Roßmann S. (Brunoswarte 29).

Gestorben: Witwe Diener geb. Winse, 71 J. (Leipzigerstr. 92). Untertelegraphen=Assistent Flesch aus Falkenberg, 49 J. (Klinik).

Halle=Nord (Gr. Brunnenstr. 3a). 22. März.

Aufgeboten: Friseur Fuhrmann und Martha Springer (Magdeburgerstraße 10 u. Körnerstr. 20.

Geboren: Hotelier Krause aus Artern T. (Bismarckstraße 26). Arbeiter Schwieger T. (Hermannstraße 26). Arbeiter Hintsche S. (Heinrichstr. 7). Schlosser Schröder T. (Triftstraße 16).

Gestorben: Privatmann Ploß, 71 J. (Goethestr. 21). Rentiere Schmidt, 77 J. (Henriettenstr. 20). Stütze Beck, 43 J. (Breitestr. 19). Arbeiters Palazeck T., 3 Mon. (Weidenplan 25). Buchhandlungsgehilfens Illgenstein S., 9 Mon. (Eichendorffstr. 17). Witwe Reinhardt, Friederike geb. Bergmann, 78 J., (Gütchenstr. 7).

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal. — Unsern Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen. — Erscheint wöchentlich dreimal.

Abzahlungsgeschäfte
M. Thiele, Göbenstr. 1, p.

Brauereien
F. Günther, Halle a. S.

Briketts, Kohlen
Richard Wolf, verläng. Königstr.

Drogen und Farben
M. Rädler, Rannischestr. 2.
Fritz Rust jun., Triftstrasse 29.

Ein- u. Verkaufsgeschäfte
F. Hennicke, Kl. Ulrichstr. 15.

Eisen- und Stahlwaren
F. Lindenhahn, Königstr. 8.

Eiserne Oefen
Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24.
F. Lindenhahn, Königstr. 8.

Fahrräder u. Nähmaschinen
Henry Klepzig, Reilstr. 2.

Fleischermeister, Wurstfabriken
J. Klostermann, Advokatenweg 27.
Franz Kunze, Burgstr. 59.
August Mangold, Merseburgerstrasse 105.
Robert Schäfer, Königstr.
Otto Ulbricht, Bäckerstrasse 1.

Handleiterwagen-Fabriken
Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.
Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10.
Ernst Seltmann, Merseburgerstr. 16.

Haus- und Küchengeräte
K. Kuckenburg, Rannischestr. 12.

Honigkuchen, Zuckerwaren
Friedrich Bock, Schmeerstrasse 16.

Hüte und Mützen
Friedrich Flietner, Geiststr. 23.

Kaffee, Kakao, Tee
Ernst Ochse, Leipzigerstr. 95.

Kartonagen
W. Schmeil, Wuchererstr. 40.

Kaufhäuser
H. Elkan, Leipzigerstr. 87 Bekleidg.-Gegenst. j. Art.

Kinderwagen
Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.

Kolonialwaren
H. Ackermann, Merseburgerst. 61.
Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32 p.
C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26.
Ernst Weinhold, Rathausstr. 6. Teleph. 1093.

Lederhandlungen
Herm. Schmidt, Geiststr. 23.

Möbel-Magazine
Möbel-Magazin Hall. Tischlermstr Grosse Ulrichstr. 50

Photographische Ateliers
Richard Schröder, nur Steinweg 17.

Schneiderei-Bedarfsartikel
F. C. Wissell, Marktplatz 11.
L. Zengerling, Schulstr. 7.

Spedition, Möbeltransport
O. Kästner & Co., Brunoswarte 36.
Wilh. Müller, Brunnenstr. 53.

Uhren- u. Goldwaren
Friedrich Hofmann, Grosse Klausstr. 23.
Robert Koch, Leipzigerstrasse 44.
Albert Mennicke, Gr. Steinstr. 62
A. Schäfer, Leipzigerstr. 92.
A. Weiss, Kleinschmieden 6.

Weine u. Fruchtsäfte etc.
M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 93.
Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.

Weiss-Woll-Tapisserie
Franz Bamme, Lindenstr. 56.

Zahn-Techniker
Willy Muder, Neue Promenade 16, vis-à-vis Leips. Turm.

Zigarrenhandlungen
F. Soldmann, Königstrasse 86.
Schubert, William, Zigarren und Schulartikel, Lauchstädterstr. 15.
Julius Wiedemann, Schmeerstr 4.

Ammendorf.
Sanitäts-Drogerie, Inh.: Rich. Glenbig. Ammendorf Halleschestr. 65. | Radewell Hauptstr. 20.
A. Hermann, Uhrmacher.
O. Probsthayn, Bettf.-Rein.-Anst.
W. Wünscher, Schuhwaren.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Jlgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.=Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110324-16/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 71 — Halle a. S., Freitag den 24. März 1911 — 22. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

153. Sitzung. Dienstag, den 21. März 1911, nachmittags 1 Uhr.

Die Kalipropagandagelder.

Zur Verhandlung kommen nun die noch ausstehenden Titel aus dem Etat des Reichsamts des Innern über die Verwendung der Kaliabgabe. Die Kommission hat eine Spezialisierung der Kaliabgabe beschlossen, die nach dem Etat auf 4 800 000 Mk. geschätzt wird. Unter anderem sollen von den 1 100 000 Mark, die für praktische Versuche sowie für wissenschaftliche Arbeiten und Veranstaltungen zur Hebung des Kaliabsatzes im Inland bestimmt sind, an landwirtschaftliche Korporationen, Genossenschaften und Verbände 600 000 Mark gegeben werden.

Ein in der Kommission abgelehnter Antrag der Volkspartei liegt hierzu vor und fordert, daß Organisationen, die politische Zwecke verfolgen, weder mittelbar noch unmittelbar Propagandabeihilfen erhalten dürfen.

Der Reservefonds, der einstweilen mit 300 000 Mark ausgestattet werden soll, soll nach dem fortschrittlichen Antrag als Fonds zur weiteren Hebung des Kaliabsatzes bezeichnet werden. Schließlich beantragte die Volkspartei eine Resolution, wonach der Bundesrat auch für den Bezug von Kalirohsalzen Abzüge festsetzen soll, wobei der höchste Rabattsatz bereits bei einem Bezug von 20 000 Doppelzentner Reinkali erreicht wird.

Die Sozialdemokraten beantragen eine Resolution, worin die Regierungen ersucht werden, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, der das Kaligesetz dahin abändert, daß die in ihm vorgesehene Abgabe mit der Maßgabe der Reichskasse zugeführt wird, daß ihr Ertrag alljährlich

zur Verwendung für sozialpolitische Zwecke

in den Etat einzustellen ist.

Der Berichterstatter, Freiherr v. Richthofen (kons.) hebt hervor, daß die Mehrheit der Kommission entschieden bestritten habe, daß dem Bund der Landwirte eine bevorzugte Stellung eingeräumt werden sei. Der Bund habe als solcher mit der Kalipropaganda nichts zu tun, die von der vollständig selbständigen Verkaufsstelle betrieben werde. Die Kalipropagandagelder können nur an landwirtschaftliche Verbände gegeben werden, da nur sie imstande seien, die erforderlichen Versuche anzustellen. Daher halte die Kommission die Ausdehnung der Beihilfe auf andere Verbände abgelehnt.

Abg. Speck (Zentr.): Der Reichstag hat Anspruch darauf, daß die Verwendung der 4,8 Millionen, die aus dem Kaligesetz der Regierung zur Verfügung stehen, ihm im einzelnen auseinandergesetzt und nachgewiesen wird. Sind die Ausgabesummen nicht im einzelnen spezialisiert, so ist eine Kontrolle unmöglich. Das Wort „Ausgabe für Propagandazwecke" hat etwas Unangenehmes. In der Kommission ist ja auch behauptet worden, daß die Kalipropaganda mit einer gewissen Skrupellosigkeit betrieben werde. Aber diese Propaganda ist von großem Vorteil für unsere Landwirtschaft. Sie sucht ja nicht bloß den Absatz zu steigern, sondern Aufklärung darüber zu verbreiten, wo und in welchen Mengen Mischungen und Qualitäten Kali verwandt werden muß. Die Landwirtschaft hat das größte Interesse daran, daß die Kalipropaganda in der bisherigen Weise weiter betrieben wird. (Sehr wahr! rechts und im Zentr.) Die Inlandpropaganda für den Kaliabsatz ist geradezu unentbehrlich. Nun haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, dessen Annahme die Inland- und Auslandpropaganda vollkommen unmöglich machen würde. Die äußerste Linke beantragt, daß die Abgabe aus dem Kaligesetz der Reichskasse zu sozialpolitischen Zwecken überwiesen werden soll. Da würde nichts mehr für die Propaganda übrig bleiben. Wer es aber gut mit der Kaliindustrie und mit der Landwirtschaft meint, kann diese Propaganda nicht beseitigen wollen. Der Gedanke, für die Reichskasse aus der Abgabe etwas nutzbar zu machen, ist an sich ja außerordentlich sympathisch. (Sehr wahr! im Zentr.) Für die Propaganda aber muß ein erheblicher Teil übrig gelassen werden. Der Antrag der Sozialdemokraten ist auch deshalb bedenklich, weil eine so rasche Aenderung des Kaligesetzes nicht am Platze ist. Der Antrag will eine Zwecksteuer einführen und die kennen wir im Reiche nicht. Die Bedürfnisse für die Fortführung der Sozialpolitik müssen aus den allgemeinen Einnahmen des Reiches bestritten werden. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme. Sie müssen nur den Nachweis führen, daß sie wirklich Kalipropaganda treiben und daß sie das Geld nur für diesen Zweck verwenden. Nur die Verbände erhalten das Geld, nicht der einzelne Bauer. Es ist daher deplaciert, wenn die Augsburger Abendztg. kürzlich schrieb, das Zentrum habe den Konservativen zuliebe die Interessen der Bauern verraten. Wenn die Interessen der Bauern überall so gut untergebracht wären wie beim Zentrum, dann wäre die Notlage der Landwirtschaft längst beseitigt. (Bravo! im Zentr.) Der Resolution der Volkspartei über die Staffelung der Rabattsätze stimmen wir bei, denn durch die bisherige Staffelung der Rabattsätze werden die mittleren und kleineren Organisationen gezwungen, sich den großen Verbänden anzuschließen und dies ist kein wünschenswerter Zustand. (Hört, hört!) Die für die Auslandpropaganda eingesetzten zwei Millionen genügen. Mit dem weiteren Antrag der Volkspartei, daß politische Korporationen keine Propagandagelder erhalten sollen, kommt ein Moment in die Sache, das gar nichts damit zu tun hat. Ich halte den Bund der Landwirte für eine lediglich wirtschaftspolitische Organisation, denn ihm gehören Vertreter verschiedener Parteirichtungen an. Diese Resolution der Volkspartei lehnen wir ab. (Bravo! im Zentr.)

Unterstaatssekretär Richter: Dem Bundesrat wird in der nächsten Zeit eine Vorlage zugehen, die die Staffelung der Rabatte so gestaltet, daß die kleinen Verbände ihre Unabhängigkeit nicht verlieren. Politische Fragen sollte man nicht in diese Sache hineinbringen.

Abg. Hue (Soz.):

Das Kaligesetz ist von bemerkenswerter Wichtigkeit, in ihm ist eine Vorarbeit geleistet für die künftige wirtschaftliche Gesetzgebung. Die düsteren Prophezeiungen über den „Ruin der Industrie", die an dieses Gesetz geknüpft wurden, haben sich nicht erfüllt, die Industrie hat vielmehr eine glänzende Entwicklung genommen. Der Gründungsschwindel in der Kaliindustrie soll erst durch das Gesetz ins Kraut geschossen sein — wenigstens wurde es in der Presse so dargestellt. Aber die Hauptgründerwirtschaft, die Hauptspekulation hatte schon vor dem Gesetz eingesetzt. Unsere Anträge in der Kommission für das Kaligesetz bezweckten die Verhinderung, aber sie wurden abgelehnt, und für die Gründerwirtschaft sind diejenigen verantwortlich, welche diese Anträge abgelehnt haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Insofern haben die Kritiker des Kaligesetzes recht, daß es den Kern des Uebels nicht getroffen hat, es hat nicht die starke Ueberproduktion an Werken verhindert. Mit jedem neuen Werk sinkt die Förderquote der älteren Werke, und je kleiner die Förderquote ist, um so größer werden die Selbstkosten. Deshalb hatten wir die Entstehung neuer Werke verhindern und den Zwang an Kaliproduktion allein den fiskalischen Werken bis zur Ausnutzung ihrer vollen Leistungsfähigkeit zuwenden wollen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) An den Zuständen, zu denen das Kaligesetz geführt hat, ist auch das Kalisyndikat schuld durch die

von ihm betriebene Hochhaltung der Preise,

die beständig zur Errichtung neuer Werke anreizt. Durch eine rechtzeitige Herabsetzung der Preise wären viele faule Gründungen vermieden worden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Ueberschüsse der Kaliwerke sind im letzten Jahre gegenüber dem Vorjahre wieder um 40 Prozent gestiegen. Wir besitzen also in den Kalisalzen einen

nationalen Schatz von unabsehbarer Bedeutung,

den wir nicht von einer Handvoll Privatkapitalisten ausbeuten lassen dürfen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Kalisyndikat hatte recht merkwürdige Verträge mit den großen landwirtschaftlichen Organisationen, hauptsächlich dem Bund der Landwirte, abgeschlossen, indem es ihnen

bestimmte Provisionen

gab. So erhielt im Jahre 1908 die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft 431 000 Mk. (Hört, hört! b. d. Soz.), der Bund der Landwirte 186 000 Mk., die landwirtschaftliche Zentralbarlehnskasse 149 000 Mk., der Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften 463 000 Mk. und der westfälische Bauernverein 35 000 Mk. Bemerken will ich, um Mißverständnisse zu vermeiden, daß ich keinem der in Frage kommenden Herren persönliche Unehrenhaftigkeit vorwerfe. Aber schon damals ist gefragt worden, warum die anderen landwirtschaftlichen Organisationen keine Provisionen bekommen haben, und tagelang ist darüber diskutiert worden. In der Budgetkommission trat ein Zentrumsabgeordneter mit einem polnischen Mandat ein (Hört), das war ungewöhnlich, weil dieser Herr wie kein zweiter mit den Praktiken des Kaliverkaufs vertraut ist und ausdrücklich gewünscht hatte, in die Kommission entsandt zu werden, von seiner Fraktion aber nicht entsandt wurde. Ich würde auf diese interne Fraktionssache nicht eingehen, wenn die Presse nicht die Sache publik gemacht hätte, und wenn diese Differenzen im Zentrum nicht verglichen worden wären mit denen, die innerhalb der sozialdemokratischen Partei zwischen den Gewerkschaften und Parteiführern bestanden und neulich hier von einem Zentrumsabgeordneten zur Sprache gebracht wurden. Allerdings gibt es bei uns Zwistigkeiten zwischen den Gewerkschaften und der Partei; aber beim Zentrum ist es ebenso, nur mit einem einzigen Unterschied: unsere Kritiker fürchten, die Gewerkschaften könnten in Fachsimpelei versinken und nicht energisch genug für die Arbeiter eintreten; bei dem Zentrum dagegen fürchten die Kritiker, die Gewerkschaften könnten für die Arbeiter zu viel verlangen und

die Arbeiter begehrlich

machen. Das ist doch ein fundamentaler Unterschied. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch muß ich auf diese Sache eingehen, weil nur dadurch der Antrag der Budgetkommission verständlich wird. Auf Dr. Heims Erklärung in der Germania wurde ihm geantwortet, er vernachlässige seine parlamentarische Pflicht und komme nur in den Reichstag, wenn ihn persönlich interessierende Fragen verhandelt würden. Das sei auch hier der Fall, denn er sei Vorsitzender einer Bauerngenossenschaft und gehöre dem Aufsichtsrat eines Kalibergwerkes an. Es wurde ihm also vorgeworfen, und zwar von einem Mitglied des Zentrums, so

eine Art Panamist,

freilich im milden Sinne des Wortes, zu sein. Wir werden ja hören, was Dr. Heim darauf sagen wird; ich will mich über den Charakter dieser wenig christlichen Denunziationen nicht auslassen (Hört, hört und sehr gut! links), aber zur Steuer der Wahrheit muß ich doch sagen, daß das Verhalten des Herrn in der Kommission nicht den Anschein erweckte, als ob er Vertreter eines Kaliwerkes wäre. — Wir wollten den Schutz der kleinen Bauernschaft gegen die Vergewaltigung durch die großen, landwirtschaftlichen Organisationen. Bei der Beratung des Kaligesetzes haben wir uns tagelang über die Bemessung der Inlandsrabatte gestritten, über das, was ein Vertreter des Zentrums damals „eine Saustallwirtschaft" nannte. (Hört.) Aber gerade die Inlandsrabatte hat die Regierung nicht festgesetzt. Die Bedingungen des Syndikats hat die Staatsregierung bewilligt, obgleich bei den Debatten über das Kalisyndikat die Regierung ausdrücklich versprochen hatte, daß eine solche Vergewaltigung der Kleinen nicht stattfinden würde. Aber die Anträge Speck und Brockhausen in der Kommission bedeuteten die Unterstützung dieser Politik und ihre Urheberschaft haben wir in dem Antrage der Kommission. Diese Politik hat zu dem Fonds geführt. Seine Kennzeichnung als Schmiergeld- und Korruptionsfonds stammt nicht von sozialdemokratischer Seite, sondern von dem Zentrumsherrn mit dem polnischen Mandat. (Sehr gut! b. d. Soz.) Warum haben die kleinen Bauernvereinigungen nicht ebenso gut etwas erhalten, wie die großen privilegierten Organisationen, an erster Stelle

der Bund der Landwirte?

Wo ist der Beweis, daß die Propagandagelder wirklich zur Propaganda für den Kaliabsatz verwendet sind? Die Behauptung ist nicht widerlegt, daß mit den Geldern

parteipolitische Wanderredner

bezahlt und parteipolitische Zeitungen gegründet sind. Oder ist der Bund der Landwirte nicht eine parteipolitische Organisation? (Hört, links.) Dieselbe Regierung, die fortgesetzt die proletarischen Jugendorganisationen als angeblich politisch verfolgt, betrachtet in aller Unschuld den Bund der Landwirte als unpolitisch. Die freien Gewerkschaften, sogar der Buchdruckerverband, werden als sozialdemokratisch bezeichnet, aber der Bund der Landwirte, dessen Führer ganz offen die Beeinflussung der Reichsgesetzgebung als Zweck des Bundes proklamiert, soll beileibe nicht eine Parteiorganisation sein.

Er wird aus dem Korruptionsfonds unterstützt.

(Hört, hört! links.) Das erinnert wahrhaftig an russische Zustände, an russische Korruption! Herr Spek hat beweglich hier davon gesprochen, daß die kleinen Landwirte unterstützt werden müssen; in der Kommission aber hat das Zentrum alle Anträge, die auf Zuwendungen an die Kleinen hinausliefen, gleichmütig, ob sie von uns, oder von dem Zentrumsherrn mit dem polnischen Mandat, kamen, niedergestimmt. (Widerspruch des Abg. Erzberger.) Richtig, Herr Erzberger, Sie haben dafür gestimmt, aber die Mehrheit der Zentrumsvertreter nicht. (Hört, hört! links.) Es wäre eine schlechte Feier des 40. Reichstages, wenn er seine

Zustimmung zu dem Schmiergeldersystem

aussprechen würde. Wir bitten um Annahme unseres Antrages, der die Kaliabgabe sozialpolitischen Zwecken dienstbar machen will. Niemals sind dafür Mittel vorhanden, da sollte doch gerade das Zentrum unseren Antrag annehmen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Warum hat man es versäumt, in das Kaligesetz wirksame Bestimmungen zugunsten der Tarifverträge aufzunehmen? Trotz des glänzenden Aufschwungs in der Kaliindustrie sind

die Löhne der Kaliarbeiter

stabil geblieben. Wenn aber die Arbeiter versuchen, sich auch einen Anteil am zunehmenden Nationalwohlstand zu sichern, dann kommen die Hintzegardisten mit Revolvern und Knüppeln, dann kommen Moabiter Polizeiangebote, dann ergehen die schaurigen Gerichtsurteile, wie eben erst wieder in Köln gegen Fröhlich und Genossen. (Stürm. Zust. b. d. Soz. Unruhe rechts.) Die Kaliarbeiter sind nicht gut gestellt. Wo sie noch als kleine Landbesitzer leben, da mag es einigermaßen gehen, aber in dem eigentlichen Hauptzentrum der Kaliindustrie bilden die kümmerlichen Lebensverhältnisse und schauerliche Wohnungsverhältnisse der Kaliarbeiter einen grellen Gegensatz zu der glänzenden Lage der Kaliindustrie. Es ist Ehrenpflicht des Reiches, nachdem es die Kaliindustrie gefördert hat, nunmehr auszuziehen, als es im vorigen Jahre geschehen ist, auch für die Arbeiter der Kaliindustrie zu sorgen. (Anh. lebh. Beifall b. d. Soz.)

Unterstaatssekretär Richter: Von einer Vergewaltigung der Kleinen kann keine Rede sein, jedoch wird dafür gesorgt werden, daß eine wirksame Kontrolle darüber stattfindet, ob die Gelder wirklich zu Kalipropagandazwecken verwandt werden, und daß jeder Verband nur erhält, was er wirklich ausgegeben hat. Daß bei wirtschaftlichen Verbänden auch einmal eine politische Tendenz mit unterläuft, ist unvermeidlich.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr (vorher dritte Lesung der Hinterbliebenen-Versicherung).

Schluß 6¾ Uhr.

•

Aus der Sitzung vom Mittwoch wird berichtet: Die Kalidebatte wurde in später Stunde, um 8 Uhr, zu Ende gebracht; doch wurden die Abstimmungen über die eingebrachten Anträge nur zum Teil vorgenommen. Zwei namentliche Abstimmungen über den sozialdemokratischen und den Zentrumsantrag werden erst morgen stattfinden, so daß ein genaues Bild der Beschlüsse sich noch nicht entwerfen läßt, doch läßt sich so viel sagen, daß das Haus in der Beschränkung des Kali-Schmiersonds noch über die Kommissionsbeschlüsse hinausgeht.

Nach einer nicht gerade aufregenden Rede des Nationalliberalen Bärwinkel erklomm sehr gegen seinen Willen der Dr. Rösicke vom Bund der Landwirte die Tribüne. Trotzdem er als konservativer Redner gestern an zweiter Stelle hätte sprechen müssen, hatte er sich erst hinter den Genossen Hue und dann wieder hinter den Freisinnigen Gothein zurücksetzen lassen. Gegen diese Hinterhaltslegerei hatte Gothein Widerspruch erhoben, und der Präsident hatte dann entschieden, daß der bündlerische Vorsichtskommissarius wenigstens noch vor Gothein sprechen mußte. Herr Rösicke bemühte sich denn auch vergebens, den Bund der Landwirte als eine recht harmlose, völlig unpolitische Wirtschaftsvereinigung hinzustellen. Gothein widerlegte seine Winkelzüge und bewies durch Verlesung von Sachverständigenurteilen sowohl den politischen Charakter des Bundes der Landwirte wie die Unzuverlässigkeit der agrarischen Wissenschaftler.

Mit großer Spannung erwartete dann das Haus die Ausführungen des Abg. Heim, dem der Pole Korfanty bestätigt hatte, daß ihm die polnische Fraktion ohne Aufforderung von Heim die Vertretung in der Budgetkommission übertragen hatte. Heim wies zunächst die Machenschaften des Bundes der Landwirte zur Ergatterung der Rabattgelder nach und rechnete dann mit seinen Fraktionskollegen ab, die ihn unter der Maske „von zuständiger Seite" in der Zentrumspresse schmählich verdächtigt hatten. Er forderte zur völligen Klarstellung der Sache die „Zuständigen" zur Erhebung einer Anklage auf wegen seiner eigenen in der Presse erlassenen Erklärungen.

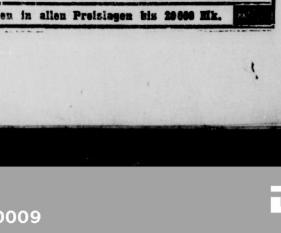
Dann wurde die Debatte gegen die Sozialdemokraten und Freisinnigen geschlossen. Genosse Leber protestierte gegen die Wortabschneidung vergeblich.

Solide dauerhafte Arbeit unter Garantie. — Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. — Moderne, elegante, edle Formen.

Bernh. Grunwald,

Rathausstraße 2, neben der städtisch. Sparkasse. — Möbel-Fabrik und Magazin. **90 Musterzimmer** — Mittelstraße 5a, ehemal. Schreibersch. Reitbahn.

Einfache Einrichtung:		Bessere Einrichtung:		Elegante Einrichtung:	
Wohnzimmer	225.—	Wohn- u. Esszimmer	420.—	Salon	750.—
Schlafzimmer	110.—	Herrenzimmer	370.—	Herrenzimmer	510.—
Küche	55.—	Schlafzimmer	320.—	Esszimmer	820.—
	Mk. 390.—	Küche	72.—	Schlafzimmer	480.—
			Mk. 1182.—	Küche	150.—
					Mk. 2710.—



Einrichtungen in allen Stil- und Holzarten. — Transport durch eigene Gespanne frei Haus! — Einrichtungen in allen Preislagen bis 30000 Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110324-16/fragment/page=0009

Aus den Nachbarkreisen.

Der Eilenburger Jugendbildungsverein aufgelöst.

Das ist der neueste Gewaltstreich, den die Scharfmacher verübt haben. Seit Wochen wird, wie an anderen Orten, auch hier von dem bürgerlichen Mischmasch der Versuch gemacht, die Arbeiterjugend unter seine Obhut zu bringen. Vor einiger Zeit hielt der bekannte Lieboldt in einer Versammlung des sogenannten Bürgervereins einen Vortrag über Jugendfürsorge. Nach einigen groben Unrichtigkeiten über den Zweck und die Tätigkeit der Arbeiterjugendbildungsvereine machte er den Vorschlag, ein „Jugendheim" einzurichten. Damit waren das Bäckerdutzend Bürger einverstanden. Ein Mitglied des Magistrats sagte auch die Unterstützung der Behörde zu. Um zu sehen, wie groß die Zahl der Anhänger der Arbeiterjugendbewegung ist, wurde in der gewerblichen Fortbildungsschule die neue, von dem bekannten Naumburger Rektor Hemprich herausgegebene Jugendverdummungsschrift Wir sind Deutschlands Jugend verteilt, und zwar an diejenigen, die bei der Frage: „Wer gehört dem Jugendverein im Tivoli nicht an", sich von ihren Plätzen erhoben. Das sind erfreulicherweise sehr wenige gewesen. Diese Tatsachen und der den unteren Behörden gewordene Auftrag, die Vereine der Arbeiterjugend aufzulösen hat Dr. Belian, den ersten Bürgermeister von Eilenburg, bewogen, in einem Schreiben folgendes zu diktieren:

Auf Grund der §§ 1. 17, 18, Ziffer 5 und 6 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 (Reichsgesetzblatt, Seite 151) wird der Arbeiter-Jugendbildungsverein, dessen Vorsitzender Sie sind, hiermit aufgelöst, weil der Verein nach den hinsichtlich seiner Betätigung gemachten Wahrnehmungen, die Jugend im Sinne proletarischer Weltanschauung zu erziehen, als ein politischer Verein anzusehen ist, als solcher aber keine Existenzberechtigung haben kann, weil er sich zur Aufgabe macht, Personen unter 18 Jahren als Mitglieder aufzunehmen, also einen strafrechtswidrigen Zweck verfolgt

Gegen diese Verfügung kann nach § 2 des Reichsvereinsgesetzes binnen zwei Wochen Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben werden. Dr. Belian.

Wo und wann Herr Belian seine Wahrnehmungen gemacht hat, bleibt natürlich sein Geheimnis. Jedenfalls hat er seine Informationen von den Schutzleuten erhalten, die das Vereinslokal ständig mit dem Notizbuch in der Hand belagerten. Eindruck hat diese männliche Tat des Bürgermeisters nur auf eine Handvoll Patrioten gemacht, die den löblichen Zweck verfolgen, die Vermuckerung und hurrapatriotische Zwangserziehung der proletarischen Jugend mit behördlicher Hilfe unter Hochdruck zu betreiben. Für die Arbeiterschaft ist der Gewaltstreich nur ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Es fördert bei den Arbeitern nur die Erkenntnis, daß es heute notwendiger ist denn je, sich um die Jugend zu kümmern und sie dem Einfluß der nationalen Schreier zu entziehen.

Merseburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag in der hiesigen Königsmühle (Inh. Gebr. Dittrich). Der dort beschäftigte 28jährige Maschinenführer Richard Fehrmann wollte an einer sogenannten englischen Papiermaschine eine Verrichtung vornehmen und geriet auf noch nicht genau festgestellte Weise in den Walzengang. Hierbei wurde ihm der halbe Oberkörper und der Kopf zerquetscht. Nachdem man den Bedauernswerten aus dieser schrecklichen Lage befreit hatte, wurde er nach dem städtischen Krankenhause überführt, wo er bald nach seiner Einlieferung starb. F. soll verheiratet und Vater von zwei unerzogenen Kindern sein.

Wieder ein Opfer der kapitalistischen Ausbeutung. Wer die Verhältnisse und die „hohen" Löhne in diesem Betrieb kennt, wundert sich, daß es immer noch genügend Leute gibt, die unter diesen Verhälnissen fronen. Statt das man den richtigen Weg einschlägt und sich organisiert, sucht man durch Sondervereinigung und Liebedienerei den Unternehmer noch zu stützen. Arbeiter, denkt an eure Familie und eure Gesundheit!

Schkeuditz. Der Sozialdemokratische Verein hielt am 16. März seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß 19 männliche und 8 weibliche Mitglieder sich zur Aufnahme gemeldet haben, sowie ein Genosse und eine Genossin übergetreten sind. Hierauf hielt Genosse Drescher-Halle einen Vortrag über Verfassungswesen. Auf Anregung des Genossen Schreck werden in Zukunft auch die Vorstandssitzungen wieder regelmäßig abgehalten werden.

Lützen. Der Frauenmörder verhaftet? Wie berichtet wird, ist der mutmaßliche Mörder der Arbeiterfrau Bötsch der 18 Jahre alte Arbeiter Lange am Mittwoch nachmittag auf Lausener Flur bei Markranstädt von zwei Arbeitern in einem Strohdiemen festgenommen und der Behörde übergeben worden.

Greppin. Märzfeier. In den Räumen des Arbeiterkasinos hält der Wahlverein Greppin seine diesjährige Märzfeier ab. Genosse Kleeis-Halle sprach über die Bedeutung des 18. März. Da diese Versammlung auch gleichzeitig als Frauen-Demonstrationsversammlung arrangiert war, schilderte der Redner ausführlich die Bedeutung der Frau im Erwerbsleben und die Forderung der bürgerlichen Frauenbewegung. Der Vortrag wurde von den anwesenden za. 75 Personen, darunter 24 Frauen, mit regem Interesse verfolgt.

Greppin. Gemeindevertreter-Sitzung. Der Voranschlag des Haushaltsetats wurde mit 40 985,02 Mk. genehmigt. Da die Wachtendorfer Straße nicht mehr zu passieren ist, wurde beschlossen, ihre Pflasterung sobald als möglich vorzunehmen. Ferner wurde die Wassersteuer wie folgt beschlossen: Das Rittergut zahlt 20%, die Einwohner auf Bitterfelder Flur 7%, und die Gemeindeeinwohner 6% des Gebäudesteuer-Nutzungswertes oder des Mietswertes, und zwar hat der Hauswirt die Steuer an die Gemeinde abzuliefern. Er kann sie dann von den Mietern zurückfordern. Der Acker am Wasserwerk soll öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Greppin. Folgen der Brutalität. Der Fabrikarbeiter Anton Radejewski ohrfeigte am 15. Oktober eine Hausgenossin, die sich mit seiner Frau um der Kinder willen veruneinigt hatte. Er warf sie dann zu Boden und trat sie mit Füßen. Am Nachmittag geriet er auch noch mit dem wegen der Mißhandlung empörten Ehemann zusammen und brachte ihm durch heftige Schläge auf den Kopf mehrere blutende Verletzungen bei. Er ist wegen Gewalttätigkeiten schon mehrfach vorbestraft. Das Schöffengericht in Bitterfeld rügte seine Handlungsweise als sehr brutal und verurteilte ihn deshalb zu neun Monaten Gefängnis. Seine Berufung gegen die ihm zu hoch erscheinende Strafe wurde von der Halleschen Strafkammer verworfen.

Zschortau. Vom Kampf um die Lokale. Kürzlich wurde im Volksblatt mitgeteilt, daß die Arbeiterschaft von Delitzsch und Umgegend zwecks Eroberung von Versammlungssälen schärfere Mittel anwenden werde. Auch im Arbeiterdorfe Zschortau ständen der Arbeiterschaft keine Säle zur Verfügung. Um etwaige Irrtümer zu vermeiden, sei hiermit ausdrücklich festgestellt, daß nicht nur der Saal des Gasthofes in Zschortau, sondern auch das Petzoldsche Lokal und der Gasthof in Brodenaundorf der Arbeiterschaft zur Versammlung verschlossen sind.

Arbeiter von Zschortau und Umgebung! Setzt den Lokalkampf in verschärfter Form fort. Richtet euch streng nach der am 11. März gefaßten Resolution. Setzt nicht eure Organisation aufs Spiel durch unsolidarisches Verhalten. Dann wird es uns auch möglich sein, ein Lokal zu erringen.

Die Kinder wissen es am besten, weshalb die Pflanzenbutter-Margarine Cocosa der Firma Jurgens u. Prinzen, Goch, so gern von ihren Müttern gekauft wird. Man erhält beim Einkauf der Cocosa nämlich stets die alle 14 Tage erscheinende, äußerst interessante Kinder-Zeitung. „Der kleine Caco" umsonst. Dieses Blatt bietet der Jugend soviel zur Unterhaltung und Belehrung, daß die Kleinen ihre Zeitung stets mit Ungeduld und Spannung erwarten. Ein weiterer Grund für die geradezu beispiellose Beliebtheit der Cocosa ist ihre unübertreffliche Qualität. Sie ist in jeder Beziehung, sei es zum Kochen, Braten, Backen oder zum Rohessen auf Brot gleich der feinsten Süßrahmbutter verwendbar. Neben der Pflanzenbutter-Margarine Cacosa sind auch die bekannten Margarine-Erzeugnisse Rheinperle und Solo (von derselben Firma) im Publikum äußerst beliebt. Autoritäten der Kochkunst sprechen sich lobend darüber aus.

Die drei Getreuen

— von Millionen Hausfrauen als unentbehrlich gepriesen — sind

Rheinperle und Solo

Margarine sowie die beliebte

Pflanzenbutter-Margarine Cocosa

In Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bester Butter gleich, aber wesentlich billiger wie diese! — Überall erhältlich!

Allein. Fabrikanten: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G.m.b.H. Goch.

Rheinperle Solo & Cocosa statt Butter das beste!

Woher beziehe ich eine gute Zigarre

?

Aus dem Spezialgeschäft für Zigarren, Zigaretten Kau- und Schnupftabake J. Sanow, Geiststrasse 5. Gegründet 1887.

Bundglaspapier zum Bekleben der Fensterscheiben. C. F. Ritter G. m. b. H. Leipzigerstrasse 90.

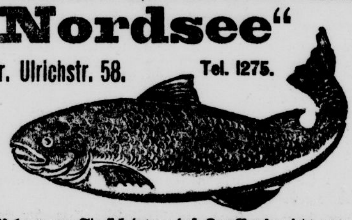
Putze nur mit

Globus Putzextrakt Bester Metallputz der Welt

Konfirmationsgeschenke reizende Neuheiten, grösste Auswahl. Br. Klinz, Goldschmied, Gr. Ulrichstr. 41. gegenüber Brummer & Benjamin.

„Nordsee"

Gr. Ulrichstr. 58. Tel. 1275.



Ueberzeugen Sie sich davon, daß Seefische jetzt von besonderer Güte, fetter und zarter als im Winter sind.

Wir empfehlen:

Kabliau ohne Kopf 3 Pfund 25 Pf.
Goldbarsch Pfund 25 Pf.
Knurrhahn eine feine Delikatesse Pfund 25 Pf.
Karbonaden bratfertig Pfund 35 Pf.
Austernfisch-Karbonaden Pfund 48 Pf.

Echt holländische Angelschellfische, Schellfisch ohne Kopf, Rotzunge, Heilbutt, Steinbutt, Seezunge, Flußzander, Flußlachs.

Besonders billig sind unsere Riesen-Salzheringe Stück nur 5 Pf. Dutzend nur 55 Pf.

Gegr. 1863. !! Roßfleisch !! Gegr. 1863.

Immer nur Ia. Qualität sowie alle Sorten Fleisch- und Wurstwaren als ger. u. gek. Schinken, pa. harte Salami u. Schlackwurst usw. empfiehlt in schmackhafter und sauberster Verarbeitung

R. Thurm, Inh. Johannes Thurm. Halle a. S., Fernspr. 58. Glauchaerstr. 79.

Jeden Freitag Schlachtefest. Theodor Wolff, Unterplan 7.

Freitag Schlachtefest. G. Gerig, Trift Nr. 28.

Allg. Konsumverein, Halle.

Freitag vormittag in den Verkaufsstellen zu haben:

Kabeljau Pfund 20 Pf.

ff. Bücklinge.

Hering in Gelée.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Jlgner. — Druck der Halleschen Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.). — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110324-16/fragment/page=0010